

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Wirtschaftliche Entwicklung: Es wird kritisch – S. 4*
- *Hessen vor einem Koalitionswahlkampf? – S. 6*
- *Baden-Württemberg: Behinderteninitiativen melden sich zu Wort – S. 12*
- *Lohnbewegung in der Metallindustrie: Der IG Metall läuft die Zeit davon – S. 16*
- *Der fürsorgende Staat – Tröster oder Alptraum? Kontroverse Diskussion in München – S. 18*

**Ausgabe Nr. 11 am 13. November 2008, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung  
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.  
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, *Venloer Str. 440, 50825 Köln*. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de  
**Termine:** Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Erbschaftssteuer – Reform oder Ente?

*Berliner Zeitung*, 8./9.11. rül. SPD und Unionsparteien haben sich nach langem Streit auf eine Reform der Erbschaftssteuer geeinigt. Die Reform war nötig geworden, weil das Verfassungsgericht die bestehende Regelung wegen der niedrigen Bewertung von Immobilien und Grundstücken verworfen hatte und entschieden hatte, wenn diese Ungleichbehandlung verschiedener Arten von Vermögen bis Ende 2009 nicht aufhöre, sei die Steuer abzuschaffen. Die ersatzlose Abschaffung der Erbschaftssteuer hatte – wen wundert? – die FDP verlangt. Die CSU hatte zuletzt noch einmal zahlreiche Zugeständnisse für reiche Leute verlangt und auch bekommen. Herausgekommen ist jetzt unter anderem: Bargeld bis 500.000 Euro ist für erbende Ehegatten und Lebenspartner steuerfrei, bei Kindern bis 400.000 Euro. Bei Wohneigentum zahlen Witwen und Witwer bis 200 Quadratmeter Wohnfläche keine Erbschaftssteuer, falls die geerbte Wohnfläche erster Wohnsitz ist und mindestens zehn Jahre lang genutzt wird. Die darüber hinausgehende Wohnfläche wird wie vererbtes Bargeld angerechnet, ist eventuell also auch steuerfrei. Bei Familienunternehmen bleiben Erben steuerfrei, wenn sie den Betrieb weiterführen und die Arbeitsplätze zehn Jahre lang erhalten. Ob mit diesen Regelungen das ursprüngliche Ziel erreicht wird, das Aufkommen an Erbschaftssteuer von zuletzt ca. 4,5 Milliarden Euro im Jahr zu erhalten, ist zweifelhaft.

Die „Berliner Zeitung“ wettet, 70% der Bevölkerung hätten ohnehin an ihrem Lebensende nichts zu vererben, nun würden auch noch die reichen 30% weitgehend von Erbschaftssteuer befreit. Die Einigung von SPD und Union sei „eine Ente, keine Reform“. Dabei sei die Bundesrepublik bei der Besteuerung von Vermögen ohnehin Schlusslicht unter allen Industriestaaten und in der EU. „Kein anderes Land lässt sich seine Erben so viel kosten wie Deutschland.“

## Atommülllager Asse wird stillgelegt

*Handelsblatt*, 6.11. rül. Nach der Einigung zwischen Bundesforschungsministerin Schavan und Umweltminister Gabriel, das Atommülllager Asse aus der Verantwortung der Fraunhofer Gesellschaft und damit auch des Bundesforschungsministeriums in die des Umweltministeriums zu übertragen, hat nun auch das Bundeskabinett beschlossen, dass Asse ab 1.1.2009 durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übernommen wird. „Die Bundes-

regierung hat einen Betreiberwechsel für das marode Atommülllager Asse beschlossen und so den Weg für eine Stilllegung nach Atomrecht frei gemacht“, erläutert das „Handelsblatt“ den Vorgang. Das einsturzgefährdete Lager soll nun teuer saniert und dann geschlossen werden. Wohin der strahlende Müll dann langfristig kommt, ist weiter offen. Die Endlagerfrage bleibt damit auch Jahrzehnte nach dem Einstieg in die Kernenergie ungelöst.

## Studie zur Lebenslage von Hartz-IV-Empfängern

*www.bw.dgb.de*, 6.11. alk. Zwischen April und Juli 2008 wurden 429 Erwerbslosen nach ihrer Lebenssituation befragt. Jetzt haben der DGB-Bezirk Baden-Württemberg und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) gemeinsam in der Evangelischen Akademie Bad Boll die Ergebnisse vorgestellt.

Der Alltag von Hartz-IV-Empfängern ist danach aus Sicht der Betroffenen vielfach geprägt von unzureichenden finanziellen Leistungen, unverhältnismäßigen Sanktionen, perspektivlosen Verpflichtungen zu sogenannten „aktivierenden“ Maßnahmen, fehlender Bedarfsgerechtigkeit und weitgehender Wirkungslosigkeit von „Eingliederungsmaßnahmen“, fehlerhaften Leistungsbescheiden und unrealistischen Obergrenzen bei der Anerkennung von Wohnkosten. Druck und Fremdbestimmung durch die Arbeitsagenturen werden von den Betroffenen oft als entwürdigend empfunden. Vielfach beklagen die Menschen eine Belastung familiärer und freundschaftlicher Beziehungen sowie einen Verlust an Lebensfreude mit Folgen für ihre seelische Gesundheit. Die Studie empfiehlt, durch eine von der Arbeitsverwaltung unabhängige Beratung die Situation von Erwerbslosen zu stärken. Auch wenn man hier durchaus Eigeninteresse der (kirchlichen) Sozialindustrie unterstellen kann, ist nicht von der Hand zu weisen, dass viele Betroffene das Gefühl haben, einem System hilflos ausgeliefert zu sein. Daher können nichtstaatliche Beratungsstellen durchaus sinnvoll sein. Ansonsten weist die Studie auf die Mängel der Gesetzgebung und Umsetzung hin: Rund 90% der Befragten Alg II BezieherInnen sind in einer finanziellen Notlage, die ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten unzumutbar einschränkt. Deutlich wird: Die Berechnung des Regelsatzes für die Grundsicherung orientiert sich nicht am tatsächlichen Bedarf für das Existenzminimum. Dashäufigeingesetzte Arbeitsmarktinstrument der „Ein-Euro-Jobs“ muss dringend überprüft werden. Öffent-

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-verlage.com](http://www.gnn-verlage.com)

lich geförderte Beschäftigung sollte sozialversicherungspflichtig sein, eine weiterführende Perspektive eröffnen und sich auf besonders benachteiligte Erwerbslose konzentrieren. Eine moderne Arbeitsverwaltung, die kundenorientiert arbeiten will, muss stärker auf die individuellen Bedarfe der Menschen eingehen. Diese Sichtweise hat sich bei aller Kundenorientierung in den Arbeitsverwaltungen bisher leider nicht immer durchsetzen können. Statt perspektivloser „Eingliederungsmaßnahmen“ müssen stärker individuell zugeschnittene Lösungen gemeinsam mit den Erwerbslosen entwickelt werden. Die Beschäftigten in den Arbeitsverwaltungen brauchen mehr Zeit und Entscheidungsfreiheit. Dazu bedarf es aber mehr personeller und materieller Ressourcen. Um ein vertrauensvolles Klima zu schaffen, muss die Erreichbarkeit und die Zuverlässigkeit der Leistungsabteilungen deutlich verbessert werden.

## „Der freie Handel über See“

ngo-online.de, 10.11. alk Die Europäische Union (EU) wird voraussichtlich ab Mitte Dezember mit Kriegsschiffen Fracht- und Passagierschiffe vor der Küste Somalias vor Angriffen von „Piraten“ schützen. Das beschlossen die EU-Außenminister am Montag (10. November) in Brüssel. Es wird der erste Einsatz von Kriegsschiffen unter europäischer Flagge sein. Die Deutsche Marine will sich an dem EU-Flottenverband mit einer Fregatte beteiligen. Insgesamt wollen neun europäische Länder Kriegsschiffe zur „Operation Atalanta“ entsenden. Offiziellen Angaben zufolge haben „Piraten“ in den vergangenen Monaten in den Gewässern vor Somalia mehrere Male Frachtschiffe in ihre Gewalt gebracht, um Lösegeld zu erpressen. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) sagte am Rande eines ebenfalls am Montag in Brüssel stattfindenden Treffens der Verteidigungsminister der Europäischen Union, mit der EU-Mission müsse die Sicherheit auf einem der wichtigsten Seewege auf der Welt wiederhergestellt werden. Die Angriffe der Seeräuber konzentrieren sich den Angaben zufolge immer auf den Golf von Aden zwischen dem Jemen und dem Norden Somalias. Der freie Handel über See müsse gewährleistet sein, so Jung. Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Deutsche Marine gegen die Piraten vorgehen kann, konnte die Bundesregierung noch nicht klären. Nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht dürfen die deutschen Marineeinheiten keine Polizeiaufgaben wahrnehmen. Es soll jetzt beraten werden, ob auf den Schiffen der Marine auch Beamte der Bundespolizei mitfahren sollen, um Pi-



Proteste gegen Castor-Transporte, mit denen radioaktiver Restmüll aus der Wiederaufbereitung von Brennstäben aus BRD-Kernkraftwerken in Frankreich nach Gorleben gebracht werden. Es nahmen bedeutend mehr Menschen und auch viele jüngere teil als beim letzten Transport im Jahr 2006. Die Grünen, die damals den Umweltminister stellten und nicht aufgerufen hatten, waren diesmal mit Bundesvorsitzender und Abgeordneten vertreten.

raten festnehmen zu können. Ebenfalls offen: Was passiert, wenn sich die „Piraten“ in Hoheitsgewässer Somalias oder des Jemens flüchten.

## EU-Kommission will Entwicklungspolitik zur Rohstoffsicherung einsetzen

FAZ, 4.11. hav. Die EU-Kommission will die Versorgung mit Rohstoffen künftig in Handelsabkommen verankern und in der Entwicklungspolitik berücksichtigen. Staaten, die „den ungehinderten Zugang zu ihren Rohstoffen verwehren“, sollen bei der Welthandelsorganisation (WTO) verklagt werden. Für wichtige Rohstoff-Lieferländer schlage die Kommission eine „Rohstoff-Diplomatie“ vor. Mehr als die Hälfte der für die europäischen Industrie wichtigen Rohstoffe befänden sich in „instabilen“ Staaten, so die Begründung der EU-Kommission. Die Rohstoff-Sicherungsstrategie der EU zielt auf Energie und auf Metalle, Mineralien, Holz und Chemikalien ab. Viele wichtige Rohstoffe seien in nur wenigen Ländern konzentriert, so die Kommission, etwa in China, wo 95 Prozent der Rohstoffe für Mobiltelefone oder LCD-Bildschirme hergestellt würden. 90% des Niobiums, das im Flugzeug- und Pipelinebau eingesetzt wird, stammten aus Brasilien. Südafrika liefere 80% des Rhodiums, das für die Produktion von Katalysatoren verwendet wird. Zudem seien etwa 450 Exportrestriktionen für rund 400 Rohstoffe in Kraft, wie beispielsweise in Russland für Holzgüter. Davon seien bereits tausende Arbeitsplätze in der EU-Industrie betroffen. Darüber hinaus plane Moskau im kommenden Jahr die Exportzölle drastisch zu erhöhen. Das werde die Lage erheblich verschlimmern, so die Kommission.

## EU-Kommission hat Einwände gegen Rio-Tinto-Übernahme durch BHP

FAZ, 4.11., hav. Die Europäische Kommission hat Einwände gegen die geplante feindliche Übernahme des Minen- und Bergbaukonzerns Rio Tinto durch den Wettbewerber BHP Billiton. Die Brüsseler Wettbewerbshüter hätten BHP ein so genanntes „Statement of Objections“ zugesandt, teile das in Melbourne ansässige Unternehmen mit. Die Zustimmung der EU-Kommission für die Fusion steht bislang noch aus; die australischen Wettbewerbshüter haben dem Vorhaben hingegen bereits zugestimmt. Die EU hatte unlängst schwere Bedenken gegen den Zusammenschluss geäußert, da sie eine Konzentration der Rohstoffbranche befürchtet. Vor allem bei den Märkten für Eisenerz, Kohle, Uran, Aluminium und Mineralsanden könnten nach Meinung der EU-Kommission Preiserhöhungen und weniger Auswahl für die Kunden drohen. Die Genehmigung durch die Brüsseler Behörde sehen Branchenkenner daher als größte verbleibende Hürde für den möglichen Zusammenschluss. Die EU-Kommission hatten Ende September angekündigt, die kartellrechtliche Überprüfung der Übernahmeofferte wieder aufgenommen zu haben. Die Kommission will nun bis zum 15. Januar über das Angebot entscheiden.

Die jetzige Ausgabe ist aus Aktualitätsgründen eine Woche verschoben. Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint wieder regulär am 3. Dezember. Redaktionsschluss: Freitag, 28. November. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7–12 h.



# Es wird kritisch

Zuerst die guten Nachrichten: Die Arbeitslosenzahl ist im Oktober erneut gesunken, um 84.000 gegenüber dem Vormonat, um 437.000 gegenüber dem Vorjahr. Erstmals seit vielen Jahren waren weniger als drei Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Die Zahl der den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen nahm im gleichen Monat gegenüber dem Vormonat September nur um 1.000 ab, also minimal.

Auch die Steuereinnahmen steigen weiter. Die amtlichen Steuerschätzer meldeten am 5. November, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in diesem Jahr vermutlich acht Milliarden Euro höher liegen werden als bisher erwartet. Allein das Aufkommen der Gemeinden an Gewerbesteuer wird etwa sechs Milliarden Euro höher liegen als bisher erwartet. Das schafft in der einen oder anderen Gemeinde Spielraum für zu-

steigen inzwischen deutlich weniger als in den Vormonaten, zum Teil sinken sie. Die Rohölpreise, noch vor wenigen Monaten eine der angeblichen „Hauptrisiken für die Weltkonjunktur“, sind seit ihrem Allzeithoch vom Sommer 2007 auf weniger als die Hälfte gefallen. Damit sinken auch die Benzinpreise, die Heizölpreise und – vielleicht – demnächst auch wieder die Gaspreise für Haushalte und Industrie.

Auch die Metallpreise, in den letzten Jahren in der Metall- und Elektroindustrie, im Bauhandwerk und anderswo Grund für zahlreiche Klagen, fallen, zum Teil deutlich. „Ende der Metall-Party“ schlagzeilte am 5.11. die „Berliner Zeitung“ und berichtete: „Kupfer zum Beispiel kostete im Sommer (2008) fast 9.000 Dollar die Tonne, vier Mal mehr als vor fünf Jahren. Zinn verfünffachte sich im Preis auf rund 25.000 Dollar.“ „Jetzt kosten Zinn und Kupfer nur noch halb so viel wie im Sommer, Nickel ist sogar um 80% unter die Rekordmarke von 2007 gerutscht. Auch bei Stahl gibt es einen ... großen Preisverfall.“ Die Preise für den Schifftransport von Erzen und Metallen seien noch stärker gefallen.

Auch der Euro-Kurs, lange Zeit Grund für Klagen der Exportwirt-

drastisch reduziert. In den USA liegt der Leitzins der Zentralbank inzwischen nur noch bei 1%. Im Oktober 2007 lag er noch bei 4,25%. Ähnlich in Großbritannien: Dort fiel der Zinssatz der britischen Zentralbank von 5,8% im Oktober 2007 auf jetzt 3%. Auch die Europäische Zentralbank hat ihre Leitzinsen jetzt auf 3,25% gesenkt. All das soll die Geldbeschaffung der Banken „billiger“ machen, damit diese ihre Kredite an die Realwirtschaft senken können.

All diese Faktoren stützen die Konjunktur, und sie stützen auch die Position der IG Metall in der laufenden Tarifaufeinandersetzung, dass die zunehmenden Krisennachrichten aus der Wirtschaft nicht auf eine Kostenkrise, sondern auf eine Nachfragekrise hinweisen.

## Exporte steigen

Selbst die Nachfragekrise scheint noch nicht allgemein. Der Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) etwa meldete im September erstmals seit mehreren Monaten wieder steigende Aufträge. Aus dem Ausland seien 4% mehr Aufträge gekommen. Im In- und Ausland seien die Aufträge für deutsche Maschinen- und Anlagebau-

**Wir wissen, was wir tun.**  
**Aus Verantwortung für den Menschen.**

konsequent für Prozent 8%

ES GEHT UM MEHR

Im Gegensatz zu manchen Finanzjongleuren, wissen wir was wir tun. 8% mehr Einkommen sind realistisch und notwendig. Denn real sind auch die Preiserhöhungen, die den Menschen die Luft abschneiden. Wer arbeitet, soll auch etwas davon haben. Wenn nicht jetzt, wann dann?

konsequent für Prozent 8%



Die IG Metall begründet ihre Lohnforderung mit dem Kaufkraftargument. Während früher die Hersteller von Autos „auf Halbe“ produzierten, wird jetzt versucht, durch flexible Arbeitszeiten und zeitweisen Produktionsstopp die Marktschwankungen auszugleichen.

sätzliche kommunale Investitionen, die dringen nötig sind. Die „Steuerquote“, d.h. der Anteil der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen am Bruttoinlandsprodukt, wird 2008 bei 22,5% liegen. Das ist der höchste Wert seit sieben Jahren. Im letzten Jahrzehnt lag die Steuerquote nur in zwei Jahren höher, 1999 bei 22,85%, im Jahr 2000 bei 23%.

## Keine Kostenkrise, sondern eine Nachfragekrise

Auch wichtige Kosten der industriellen Produktion und der Lebenshaltung

schaft, ist von seinen Höchstständen vom Frühjahr 2007 weit entfernt. Damit steigt auch wieder die Rendite im Exportgeschäft mit dem Dollarraum – inkl. in Länder, die ihre Währung an den Dollar gekoppelt haben, wie zum Beispiel China.

Auch die Lebenshaltungskosten steigen langsamer. Die Nahrungsmittelpreise fallen zum Teil sogar. Und schließlich haben alle Zentralbanken der großen Industriestaaten in den letzten Wochen und Monaten ihre Zinssätze für Zentralbankgeld, d.h. für ihre Kredite an den Bankensektor,

Unternehmen damit um 2% höher gewesen als im Vorjahr. Allein für Stromturbinen gingen im September 60% mehr Aufträge ein als im Vorjahresmonat – ein erneutes Anzeichen für den ungebrochenen Boom der Elektrizitätserzeugung in Regionen wie Osteuropa, Russland, Asien. (Handelsblatt, 30.10.08) Auch die gesamten deutschen Exporte sind im September gestiegen. Alle Warenausfuhren zusammen lagen um 6,9% höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres und um 0,7% höher als im August, meldet das Statistische Bundesamt (Spiegel Online, 7.11.08).

## Finanzkrise schlägt auf Realwirtschaft durch

Diese guten Nachrichten ändern aber nichts an der Hauptsache: Die Krise des US-Immobilienmarktes und dann der US-Finanzwirtschaft, die enormen Spekulationsverluste vor allem bei amerikanischen und europäischen Banken, bei Hedge-Fonds und anderen Finanzunternehmen und die damit verbundene allgemeine Verunsicherung in der Wirtschaft und der Bevölkerung schlagen inzwischen unübersehbar auf die Realwirtschaft durch.

### Erstes Opfer: Die Autobranche

Erstes Opfer scheint die Autobranche zu sein, insbesondere in den USA. In den USA, wo wegen der steigenden Benzinpreise ohnehin der Automobilabsatz schon bröckelte und wo inzwischen auch die Arbeitslosenzahlen steil nach oben gehen, fiel der Absatz der US-Konzerne im Oktober um 30 bis 40% niedriger aus als im Vorjahr. Inzwischen taumeln Weltkonzerne wie General Motors und Ford am Abgrund. „Amerikas Autobauern geht das Geld aus“, meldet die „Berliner Zeitung“ (8./9.11.08) Ihre flüssigen Mittel reichen nach eigenen Angaben nur noch wenige Wochen und Monate. Selbst das Kredithilfeprogramm der US-Regierung, mit dem GM, Ford und Chrysler 25 Milliarden Dollar neue Kredite zur Modernisierung ihrer Produkte und Produktionsanlagen bewilligt wurden, soll nicht ausreichen. Bis Jahresende benötigen GM, Ford und Chrysler mindestens die doppelte Summe, wird in den Medien verbreitet. Die Lage sei so schlimm wie seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren nicht mehr. Bei GM fiel der Umsatz im dritten Quartal um 13%, bei Ford um 22%. GM soll noch 16 Milliarden Dollar Barmittel haben. 14 Milliarden Dollar werden jeden Monat benötigt, um die laufenden Kosten zu decken, also um Löhne, Steuern und Lieferanten zu zahlen. Schon jetzt warten immer mehr Lieferanten auf ihr Geld, kommen selbst in erhebliche Schwierigkeiten, weil GM und Ford schlicht nicht zahlen. Von Chrysler spricht kaum noch jemand, was auf noch größere Probleme hindeutet.

Ursache der Autokrise in den USA ist zum Teil die allgemeine Verunsicherung, die steigende Arbeitslosigkeit und die Einkommensverluste der US-Verbraucher durch die Immobilien- und Bankenkrise, aber auch technologische Fehler der US-Konzerne, die viel zu lange auf große, teure Spritfresser gesetzt hatten. Hinzu kommt, dass durch die Kreditkrise inzwischen auch die Finanzierung des Autoabsatzes durch Ratenzahlung und Ratenkredite für viele zu riskant und teuer geworden ist.

Die Panik, die in den US-Autokonzerne ausgebrochen ist, schlägt auch

in Europa durch. Automobilzulieferer, die an Werke von GM und Ford irgendwo in der Welt geliefert haben, melden massive Auftragsstornierungen. Hinzu kommt, dass auch in europäischen Ländern der Absatz sinkt, vor allem in Spanien und Großbritannien, die ebenfalls mit Immobilienkrisen zu kämpfen haben. Die seit Jahren angekündigte „Neuordnung der Automobilbranche“ in Europa scheint inzwischen vor allem zulasten der US-Konzerne und eventuell der Fahrzeugfertigung in Skandinavien zu gehen. FIAT, vor kurzem noch Krisenkandidat Nr. 1 in Europa, macht wieder Gewinne. Von Volvo und Saab dagegen kommen nur noch beunruhigende Nachrichten.

Auch der Conti-Schaeffler-Deal scheint auf der Kippe zu stehen. Wenige Wochen, nachdem Oskar Lafontaine noch die Schaeffler-Familie öffentlich wegen ihres zweifelsohne vorhandenen großen Reichtums attackiert hatte, steht das Geschäft auf der Kippe. Conti muss möglicherweise seine Reifensparte verkaufen, damit die Schaeffler-Gruppe ihre für die Übernahme von Conti aufgenommen Kredite abbauen kann.

Andere Ursachen als bei GM und Ford dürften die Absatzeinbrüche bei BMW und Mercedes haben. Ein Großteil der 7er-Reihe bei BMW und der S-Klasse bei Mercedes gehen gar nicht in den privaten Konsum, sondern werden an Firmen verkauft. Viele Firmen aber haben wegen der Nachrichten aus den USA sofort Kostensenkungsmaßnahmen beschlossen. Davon sind zum Beispiel die Fuhrparks der Unternehmen für ihre Manager betroffen. Deren ständige Modernisierung wird jetzt etwas „zeitlich gestreckt“. Hinzu kommt die Zurückhaltung nervöser Verbraucher. Also bricht bei BMW und Mercedes der Absatz bei Luxusfahrzeugen ein. Auch die Anschaffung neuer Software in den Unternehmen erfolgt jetzt langsamer, mal abgesehen davon, dass eine Reihe von Banken gar nicht mehr existieren. Also sinkt der Absatz von Software bei SAP. Anderswo sinkt die Auslastung der Fluggesellschaften, melden Hotels und Gaststätten weniger Umsatz, weil weniger Firmentagungen stattfinden, klagen Zeitungen und Fernsehen über rückläufige Anzeigenerlöse und sinkende Werbung usw.

### Schiffe, Flugzeuge, große Anlagen, Stahl

Nächstes Opfer ist die Stahlbranche. Ihre Hauptabnehmer sind die Automobilbranche und der Bausektor. Beide Branchen „schwächeln“, um es mal vorsichtig auszudrücken. Also fahren Konzerne wie Thyssen und Arcelor ihre Fertigung herunter. Arcelor hat bekannt gegeben, man werde die Produktion kurzfristig weltweit um 35% reduzieren, „um Nachfrage und

Angebot wieder ins Gleichgewicht zu bekommen“. Von vorübergehenden Stilllegungen und Kurzarbeit sei Europa „ein bisschen weniger“, Amerika, Afrika und Asien „ein bisschen mehr betroffen“ (Berliner Zeitung, 6.11.08).

Hinzu kommt: Alles was groß ist an Industrieprodukten und damit auch mehrjähriger Finanzierung bedarf, kommt inzwischen unter die Räder der Kreditkrise. Selbst in Investitionsbranchen, die noch große Auftragsberge vor sich herschieben, ist so die Finanzkrise angekommen. Nicht weil die Nachfrage nach Strom sinkt, sondern wegen zunehmender Finanzierungsprobleme beim Bau neuer Kraftwerke werden zum Beispiel Kraftwerksaufträge und Aufträge zur Modernisierung von Elektrizitätsnetzen zurückgezogen. Das senkt noch nicht die Beschäftigung und die Umsätze bei Kraftwerksbauern wie General Electric, Siemens, Alstom, MAN usw., aber es belastet die Stimmung, behindert Neueinstellungen, bremst die Ausbauplanungen und Investitionsvorhaben.

Ähnlich im Schiffbau: Die Reedereien melden sinkende Frachtraten und eine rückläufige Inanspruchnahme ihrer Schiffe im Fernhandel – zum Beispiel beim Transport von Rohstoffen aus Afrika und Lateinamerika nach Europa, Nordamerika und Asien, aber auch im Transport von Zwischenprodukten und Fertigwaren zwischen China und den USA oder China und Europa. Prompt stornieren Reedereien Neubau-Aufträge für die Werften. Prompt sinken auch die Bestellungen für neue Schiffsmotoren.

Finanzierungsprobleme in Folge der Kreditkrise, aber auch skeptische Zukunftserwartungen wegen der unsicher gewordenen Entwicklung bei Dienst- und Reiseflügen haben auch die Luftfahrtbranche erreicht. Airbus und Boeing melden Stornierungen bei Aufträgen.

### Weitere „Kollateralschäden“ ...

Kleinere und mittlere Unternehmen, auch aus der Investitionsgüterbranche, berichten von wachsenden Problemen mit ihren Hausbanken. Wenn diese Unternehmen nicht ohnehin ihre Investitionen zurück fahren, weil die Unsicherheit über die künftige Marktentwicklung einfach zu groß ist, kommen bei diesen Unternehmen offenbar zunehmend Aufforderungen der Hausbanken an, sie möchten bitte ihre Kreditlinien nicht voll ausschöpfen oder gar ausdehnen, die Bank habe derzeit genug Probleme auf anderen Geschäftsfeldern ... Auch das dämpft die Konjunktur, beeinträchtigt neue Investitionen, gefährdet Arbeitsplätze.

Hinzu kommen vermutlich schon bald weitere, zum Teil überraschende Entwicklungen. Die Kürzungen bei der ▶



## Es wird kritisch

Stahlproduktion und der gleichzeitige Rückgang des Bergbaus etwa könnte Länder wie die Ukraine wirtschaftlich erheblich treffen. Der Verfall der Metallpreise belastet afrikanische Länder, aber auch Brasilien, Chile, Russland und Australien, eben alle Lieferanten dieser Metallrohstoffe. Vor allem Erzgruben, die in den letzten Jahren infolge der enormen weltweiten Nachfrageentwicklung und der explodierenden Preise neu aufgemacht wurden, dürften nun in erhebliche Probleme kommen. Die Investitionskosten zum „Aufmachen“ dieser Gruben sind noch nicht bezahlt, und jetzt fallen Preise und Absatz.

All das ist noch keine allgemeine Krise, aber macht deutlich: Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise gehen inzwischen weit über die Finanzbranche hinaus. Täglich kommen neue negative Meldungen aus neuen Ecken. Weitere, sehr unschöne Überraschungen nicht nur im Finanzbereich, sondern auch in anderen Bereichen der Realwirtschaft sind inzwischen nicht mehr ausgeschlossen.

### ... und wachsende Unsicherheit

Bei aller berechtigten Empörung über die enormen Schäden, die die schrankenlose Jagd nach immer höheren Profiten und immer höheren Eigenkapitalrenditen insbesondere durch große Privatanleger, Hedge-Fonds, Investment- und andere Banken und Finanzunternehmen weltweit ange richtet haben: inzwischen hoffen vermutlich viele, dass die Finanzkrise im engeren Sinne, also die Kredit- und Ertragskrise der Banken, durch die riesigen Staatsgarantien der USA und der europäischen Länder und durch ihre Hilfsprogramme für die Finanzbranchen vielleicht nicht gestoppt, aber zumindest kontrollierbar und begrenzt worden ist.

Die Auswirkungen dieser Krise auf die Realwirtschaft dagegen haben erst begonnen. Ein Teil davon ist in den letzten Wochen, insbesondere seit Oktober, sichtbar geworden. Weitere Wirkungen können folgen. Was davon buchstäblich Panik, also vor allem psychologisch bedingt ist, und was wirklich dauerhafter Absatzrückgang, werden die nächsten Monate zeigen. Noch hoffen viele auf eine kurze, heftige Wachstumsdelle, mehr ausgelöst durch Panik als durch realwirtschaftliche Gründe bei Kosten und Erträgen, die vielleicht bald wieder vorüber ist.

Im Augenblick aber dominieren Schreckensmeldungen und viel Nebel, große und täglich wachsende Unsicherheit, was die Zukunft bringt.

### Konjunkturprogramme. Zurück zu Keynes?

Bei Karl Schiller, dem keynesianisch handelnden Wirtschaftsminister der ersten großen Koalition der Bundesrepublik in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, gab es für eine solche Situation den Fachbegriff „Attentismus der Anleger“. „Attentismus“ ist ein Fachbegriff aus der Wirtschaftswissenschaft und meint: „Risikovermeidung durch Abwarten“. Praktisch heißt das: Die wirtschaftliche Situation ist vor allem psychologisch bestimmt, weniger durch Kosten- oder Ertragsentwicklungen, als vielmehr, weil die Investoren Entscheidungen scheuen. Die Konsequenz von Karl Schiller war: der Staat muss handeln, indem er mutig vorangeht und selbst Investitionen auslöst. Dann folgen irgendwann hoffentlich auch die privaten Investoren. „Die Pferde saufen wieder“, hieß tatsächlich damals die Erfolgsmeldung nach etwa einem Jahr.

Offenbar wird die Situation zumindest hierzulande heute vielfach ähnlich gesehen, bei den Regierungsparteien, in der Wirtschaft wie bei der Opposition. Alle fordern irgendwelche Konjunkturprogramme, vor allem mehr staatliche Investitionen. „Stärkung der Binnenkonjunktur“ ist angesagt. Alle reden von der Stärkung der Binnenkaufkraft, wir handeln, sagt auch die IG Metall als Begründung für ihre Tarifforderung. Schließlich gelte immer noch die Devise des alten Henry Ford: „Autos kaufen keine Autos“.

Das ist alles richtig. Aber die Krise in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts war vor allem eine deutsche Krise. In der umliegenden EU, in den USA und Japan lief die Konjunktur damals zwar auch schwächer, es ging aber immer noch bergauf. Das führte damals dazu, dass Schiller und seine Programme ergänzt wurden durch einen Exportboom, d.h. durch schnell steigende Ausfuhren deutscher Unternehmen in andere Länder.

Jetzt ist ein solcher Exportboom nicht mehr so leicht zu schaffen. Hinzu kommt: Die Krise nicht nur der Finanzbranche, sondern auch der Realwirtschaft hat in den USA begonnen und ist dort bis heute noch keineswegs gelöst. Im Gegenteil: Die Arbeitslosigkeit steigt auf ungekannte Höhen, allein in den letzten zwei Monaten verloren 500.000 Menschen in den USA ihren Job. Die US-Wirtschaft, das US-Bruttoinlandsprodukt aber ist etwa viermal so groß wie das deutsche. Entsprechend größer sind die Auswirkungen der US-Krise auf die Weltwirtschaft. In den USA muss deshalb auch die Krise gelöst werden. Sonst bleibt alles andere Stückwerk. Alle Welt schaut deshalb jetzt auf Obama. (rül)

Quellen: Handelsblatt, 30.10. bis 7.11.08; Berliner Zeitung, 1.11. bis 8./9.11.08, Spiegel Online, 6.11. und 7.11.08

### Regierungsbildung gescheitert

## Hessen vor einem Koalitionswahlkampf?

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe steht der Termin der Neuwahlen in Hessen am 18. Januar fest. Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte der BRD die parlamentarische Umsetzung eines Wahlergebnisses misslungen. Die vier Abgeordneten der SPD, die sich weigerten, Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen, nannten mehrere Gründe für ihre Gewissensentscheidung.

Zum einen ging es um die Aussage Ypsilantis, die vor den Wahlen im Januar 2008 versichert hatte, die SPD werde unter keinen Umständen mit der Partei die Linke zusammenarbeiten, sei es wegen ideologischer Vorbehalten, sei es wegen der Instabilität einer solchen Regierung. Für die Absage spielten aber auch Inhalte des Koalitionsvertrags der SPD mit den Grünen eine Rolle, Problemfelder waren der Flughafenausbau Frankfurt und die Energiepolitik.

Eine weitere Ursache für das Scheitern war wohl, dass die von Andrea Ypsilanti geplante Regierungsbildung bei den Wählerinnen und Wählern laut Umfragen keinen großen Rückhalt hatte. „Laut Umfragen“ muss unterstrichen werden, denn im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung heißt das nur: man weiß es nicht. Tatsächlich ist es genau diese Frage, die am 18. Januar geklärt wird.

Für die Parteien ist es schwierig, ungewöhnlich, ja vielleicht sogar unmöglich, für ein Koalitionsprogramm zu werben. Gerade weil sie verschiedene Parteien sind, werben sie für ihre spezifischen Ansichten, erteilen die Wählerinnen und Wähler jenen Programmen ein spezifisches Gewicht und schaffen so Konstellationen für eine Regierungsbildung. Die Ereignisse in Hessen kehren diese Reihenfolge um. Sie werden dadurch viel zu eng zusammengedrückt, und so rücken sie voneinander ab.

Wenn z.B. der SPD-Bundesvorstand die Hessen-SPD nun ausdrücklich davor warnt, irgendeine Koalition auszuschießen, und wenn der designierte Spitzenkandidat begeistert aufgreift, so könnte das als Freigabe einer Koalition mit der Partei die Linke gelesen werden, es bedeutet aber auch eine Loslösung der SPD aus den Verbindlichkeiten, die in den letzten Wochen eingegangen worden sind. Vieldeutig klingt es aus auch aus den Reihen der hessischen Grünen, so hört man von Offenheit bis hin zu einer Koalition mit der CDU. Lediglich Die Linke, die den Koalitionsvertrag nicht ausgehandelt hat, sondern lediglich die Duldung

wesentlicher Inhalte, steht fest zu der Option Rot-grün-rot.

Unklar ist auch, wie die Parteien mit ihren Wahlprogrammen auf die Ereignisse eingehen wollen. Immerhin ist seit der letzten Wahl doch schon ein Jahr ins Land gegangen, in dem sich zum Beispiel die wirtschaftliche Lage drastisch verändert hat. Der Rückzug Andrea Ypsilantis aus der Position der „Spitzenkandidatin“ zeigt an, dass die SPD nicht mehr mit einer Kochmuss-weg-Kampagne antreten wird. Ihre Aussage, Fraktionschefin bleiben zu wollen, kommt zum jetzigen Zeitpunkt früh. Es ist noch niemand für die Hessen-Liste der SPD nominiert, vom Wahlakt ganz zu schweigen.

Die Umfrageergebnisse – „wenn im nächsten Monat Landtagswahlen wären“ – zeigen für Hessen in den Monaten dieser Regierungs- und Verfassungskrise eine Verschiebung hin zu einer Mehrheit aus CDU und FDP.

„Links“ und „rechts“ sind im Parteiensystem schwierige Kategorien geworden. Trotzdem lässt sich eine Unterscheidungslinie zwischen die Union/FDP auf der einen SPD/Grüne/Linke auf der anderen Seiten ziehen. Rot-

Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Sonst.	CDU +FDP	SPD +Grüne +Linke
27.1.*	36,8 %	36,7 %	7,5 %	9,4 %	5,1 %	4,4 %	44,2%	49,4%
8.3.**	37 %	35 %	7 %	9 %	7 %	? %	46%	49%
6.4.	37 %	30 %	10 %	12 %	6 %	? %	49%	46%
9.4.	40 %	28 %	9 %	10 %	8 %	5 %	50%	45%
5.6.	40 %	27 %	9 %	11 %	8 %	5 %	51%	44%
27.8.	38 %	26 %	11 %	12 %	8 %	5 %	50%	45%
4.9.	39 %	28 %	11 %	12 %	7 %	3 %	51%	46%
6.11.	41 %	27 %	12 %	11 %	5 %	4 %	52%	44%

\* Landtagswahl, \*\* Umfragen. Alle Werte aus (www.wahlrecht.de „Sonntagsfrage Bundesländer, Hessen)

Grün-Rot wäre gegenüber der Wirtschaft eher kritisch, Gelb-Schwarz eher apologetisch. Eine andere Gruppierung entsteht mit Blick auf die Ausweitung der Staatsaufgaben. Hiernach wäre die Bildung einer großen Koalition nach dem Muster des Bundes logisch. Die Logik der Parteiverwandtschaften ist das eine, das Wahlergebnis das andere.

Bei der Wahl geht es vor allem um das Abscheiden der drei „Kleinen“. So erleben wir in diesen Tagen eine be-

eindruckende Mobilisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung, die in großen Demonstrationen gegen die Castor-Transporte vorgeht. Wird die grün-alternative Kritik an der privatwirtschaftlich-inspirierten Wirtschaftsentwicklung so weit tragen, dass die FDP in der Wählergunst wieder zurückfällt und es zu einer Regierungsbildung von FDP und CDU nicht reicht? Wird Die Linke ihre Rolle als parlamentarischer Vorposten sozialer Gerechtigkeit ausbauen können? *Martin Fochler*

#### DOKUMENTIERT – DIE LINKE HESSEN:

*Jetzt gemeinsam für einen sozialen und ökologischen Politikwechsel auf die Straße gehen!*

#### Unsere Antwort auf den Verrat der Viererbande

Der Versuch, in Hessen eine rot-grüne Minderheitsregierung zu bilden, ist gescheitert, weil sich Jürgen Walter und 3 weitere Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion weigern, ihre eigene Genossin Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen. Die Linke hatte zuvor ihre Bereitschaft erklärt, Ypsilanti ohne Bedingung mit zu wählen, um den CDU-Ministerpräsidenten und Rechtaußen-Hardliner Koch zu Fall zu bringen.

Damit nimmt Walter eine tiefe Krise der SPD in Hessen und bundesweit in Kauf. Auch wenn SPD-Chef Müntefering jetzt Walter vorwirft, dass er seinen Schritt nicht vorher angekündigt habe, so trägt die Bundes-Parteiführung der SPD die Hauptverantwortung für diese Entwicklung, die mit dem Putsch gegen Beck und der Wahl der Architekten der Agenda 2010-Politik Steinmeier und Müntefering den rechten Flügel der SPD in Hessen zu diesem Schritt ermuntert hat.

Offensichtlich waren der SPD-Rechten sogar die schon weichgespülte Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen zu links und offensichtlich war ihnen schon die Ankündigung der Linken zu viel, auch angesichts der Finanzkrise keiner Privatisierungen, keinem Sozialabbau, keinem ökologisch schädlichen Ausbau von Flughäfen und der Aufweichung des Nachtflugverbotes im Parlament zuzustimmen.

**Gegen die Macht der Banken und Konzerne und für ein soziales und ökologisches Hessen.**

Walters zentrales Argument ist, dass durch die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Beschlüsse für ein Nachtflugverbot in Frankfurt und gegen den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden Arbeitsplätze in Hessen gefährdet worden wären. Die Linke Hessen setzt sich gegen den Ausbau von Flughäfen und für den Ausbau des Schienenverkehrs ein.

Die Linke in Hessen ist gegen klimaschädliche Neuinvestitionen und fordert stattdessen 20.000 ökologisch verträgliche Arbeitsplätze in Bildung, Infrastruktur, Ökologie und Gesundheit für Hessen. Die Milliardenengpässe an die Bankaktionäre zeigen, dass genug Geld da ist.

Die Linke fürchtet keine Neuwahlen in Hessen. Entscheidend ist jetzt aber, gemeinsamen mit Studierenden, Schülern, Gewerkschaftern, linken Sozialdemokraten und Umweltschützern auf die Straße zu gehen und für ein Programm des sozialen und ökologischen Politikwechsels einzutreten.

Die Kundgebung am 1. Dezember in Frankfurt/Main im Börsenviertel mit Oskar Lafontaine ist eine hervorragende Gelegenheit, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, dass das Bankenrettungspaket eine gigantische Umverteilung von Steuern an die Reichen darstellt. Tragen wir den Protest auf die Straße:

10. November 2008, Statement des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch nach der Beratung des Geschäftsführenden Parteivorstandes:

## Die Linke geht selbstbewusst in den Wahlkampf

... wir haben – wie nicht anders zu erwarten war – heute im Geschäftsführenden Vorstand als erstes über die *Situation in Hessen* geredet. Wir haben ja alle die Ereignisse der letzten Woche zur Kenntnis nehmen müssen und sind natürlich ob der Entwicklung nicht sonderlich glücklich. Aber es ist völlig klar, Die Linke wird sich der anstehenden Herausforderung stellen. Wir werden sehr selbstbewusst in diesen Wahlkampf gehen und fürchten auch keine Neuwahlen. Wir haben selbstverständlich das Ziel, stärker im nächsten hessischen Landtag vertreten zu sein. Wir werden den Wählerinnen und Wählern ein inhaltliches Angebot unterbreiten. Das wird sich nicht prinzipiell vom letzten Angebot unterscheiden – wir wollen ein Angebot für mehr Demokratie, für Chancengleichheit in der Bildung und für soziale Gerechtigkeit in Hessen unterbreiten. Eines unserer Ziele in Hessen war und ist die Abwahl von Roland Koch, selbst wenn die Umfragen im Moment nicht darauf hindeuten, dass das möglich ist. Aber wir werden dieses Ziel weiter im Auge behalten. Man hat in Hessen ja bei der Abschaffung der Studien-

http://www.die-linke-hessen.de

► gebühren deutlich sehen können, was linke Mehrheiten erreichen können – in dem Falle für Studentinnen und Studenten und für Familien. Wir wollen in Hessen einen Politikwechsel. In dieser Woche wird sich die Parteispitze mit der hessischen Parteispitze treffen, da werden notwendige Vorbereitungen und mögliche Unterstützung für den Wahlkampf besprochen werden. Wir werden den hessischen Wahlkampf mit den Parteivorsitzenden und anderer Prominenz aktiv unterstützen.

Ich will eine Bemerkung machen zur Situation der hessischen SPD. Es waren sehr schnelle Entwicklungen in den letzten Tagen, und ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass es nunmehr einen neuen Spitzenkandidaten gibt – Herrn Schäfer-Gümbel. Interessant ist, dass dieser nun den schönen Satz gesagt hat: „Sag niemals nie“. Auf der einen Seite könnte man sagen, das ist eine positive Entwicklung, wird doch nunmehr vor der Wahl auch ein Bündnis mit der Partei Die Linke nicht ausgeschlossen. Ich finde das allerdings auch problematisch, weil das auch heißt, dass es möglich ist, mit der CDU in eine Regierung zu gehen ... Jetzt wird offensichtlich versucht, so ungefähr alles abzudecken. Das ist schon ein eigenartiges Ding.

(...) Eine Bemerkung will ich noch machen zu den Äußerungen des Wochenendes bzw. des Montags. Ich habe mit Interesse das Interview von Franz Müntefering im „Spiegel“ zur Kenntnis genommen. Auch Herr Struck hat sich ja geäußert, dass man nunmehr auch mit der Linken auf der Landesebene, und zwar generell, zusammenarbeiten kann.

Da gab es viele Fragen und Aufregungen ... Ich kann da nur raten, dass man doch bitte inhaltliche Kriterien für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien aufstellt. Es kann doch keinen anderen Maßstab geben. Selbstverständlich wird die SPD immer versuchen, auch in Regierungsverantwortung zu kommen. Das ist doch auch völlig legitim. Aber wenn es wirklich so ist, dass eigentlich die Inhalte keine Rolle mehr spielen – wenn ich in die Länder schaue, wo im nächsten Jahr auch Wahlen sind, wenn ich Herrn Matschie richtig verstanden habe – das ist völlig wirr! Dem ist es egal, mit wem er koalitiert, da geht es überhaupt nicht mehr um das Bildungsangebot in Thüringen oder darum, ob man öffentlich geförderte Beschäftigung will usw. Dort ist alles möglich, es gibt nur eines, was angeblich klar ist: Er wird nicht Koalitionspartner der Linken, wenn die Linke stärker wird. Das aber ist nun sehr sicher, dass die Linke stärker wird als die SPD. Ich kann darum Herrn Matschie nur raten, nicht den Fehler von Frau Ypsilanti zu wiederholen ...

Ein zweiter Schwerpunkt, zu dem ich etwas sagen will ist die *Vorbereitung der Europawahlen*. Zu diesem Tagesordnungspunkt war heute das Präsidium des Bundesausschusses auf der Geschäftsführenden Parteivorstandssitzung zu Gast. Es ging um eine Verständigung zur Aufstellung der Europaliste, die wir am 1. März nächsten Jahres in Essen auf der Delegiertenkonferenz wählen. Dazu wird es im Dezember einen Personalvorschlag geben, der dann im Januar 2009 im Bundesausschuss behandelt wird. Ich will hervorheben, dass der Geschäftsführende Parteivorstand und das Präsidium des Bundesausschusses die Spitzenkandidatur von Lothar Bisky einmütig unterstützt haben. Das finde ich nicht überraschend, aber es freut mich natürlich. Lothar Bisky ist ja, wie Sie wissen, Vorsitzender der Europäischen Linkspartei. Wir werden im Europawahlkampf sowohl für das Ergebnis der Linken, aber auch darüber hinaus auch für die Europäische Linkspartei Verantwortung haben. Das ist für uns eine große Herausforderung. Zur Europaliste vielleicht noch soviel: Wir werden 16 Kandidatinnen und Kandidaten in Einzelwahl wählen und insgesamt eine Liste mit 30 Kandidatinnen und Kandidaten mit der Wahl auf dem Parteitag aufstellen. Sie wissen, wir arbeiten am Europawahlprogramm. Der Entwurf ist veröffentlicht, die Partei ist jetzt aufgefordert, bis November Veränderungen vorzuschlagen. Danach werden wir im Januar dieses Europawahlprogramm als Leitantrag verabschieden, und diesen dann auf dem Parteitag diskutieren und entscheiden zu können.

Eine letzte Bemerkung, die ich machen möchte, was die Rentenangleichung Ost – West betrifft. Nun ist das ein Punkt, der bei uns eine zentrale Bedeutung hat. Wir haben ja eine Rentenkampagne, die in den Ländern vorangetrieben wird. Laut „Spiegel“ will die Bundesregierung offensichtlich erst ab 2020 die Renten in Ost und West einheitlich berechnen. Das ist wirklich ein Skandal. Das heißt nämlich, dass es erst weitere 50 Jahre später eine reale Rentenangleichung Ost – West geben wird. Es ist also letztlich die Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag ... Hier werden wir die besonderen Interessen der Ostdeutschen im nächsten Bundestagswahlkampf deutlich artikulieren, denn das darf so nicht sein. Damit werden die Lebensleistungen vieler Ostdeutscher nicht anerkannt. ... Ich bin sicher, dass diese Thematik noch nicht abschließend entschieden ist, denn wir werden spätestens, wenn die Wahlen im nächsten Jahr entschieden sind, dieses Thema erneut aufrufen. Die jetzige Entscheidung wird die Linke nie akzeptieren.

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Die Wahl Barak Obamas ist das Ergebnis einer Politisierung des gesellschaftlichen Lebens in den USA an der Basis. Wie sich das Programm der neuen Regierung zu den Bestrebungen der emanzipativen Bewegungen verhält, hoffen wir in einer der nächsten Ausgaben ausführlich darstellen zu können.

## USA: Über 150 Volksabstimmungen am Tag der Präsidentschaftswahl

BERLIN. Am 4. November wurde in den USA nicht nur über die Personalfrage „Obama oder McCain?“, sondern auch über 152 Sachfragen abgestimmt. In 36 Bundesstaaten waren Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, über Themen wie erneuerbare Energien, gleichgeschlechtliche Eheschließungen oder Kreditaufnahmen für öffentliche Haushalte zu entscheiden. 59 der aktuellen Abstimmungsvorlagen gehen auf Initiativen aus der Bevölkerung zurück. Der Rest wurde durch staatliche Kommissionen und Parlamente auf den Weg gebracht oder ist gesetzlich vorgeschrieben. Zählt man die bereits gelaufenen Abstimmungen hinzu, dürfen sich die US-Amerikaner im Jahr 2008 zu 273 Vorlagen äußern, von denen 68 „von unten“ initiiert wurden.

24 US-Bundesstaaten ermöglichen ihren Einwohnern, über das Initiativrecht politische Sachfragen selbst auf die Agenda zu setzen.

Eingeführt wurde diese Möglichkeit 1898 – seit 1990 haben die Amerikaner nach Angaben des Initiative & Referendum Institute (IRI) so intensiven Gebrauch davon gemacht wie nie zuvor und 741 Verfahren initiiert.

Das aktuelle Themenspektrum reicht von der Homo-Ehe und Förderung von Minderheiten bis hin zu Tierschutz und einem Recht auf Sterbehilfe.

Besser ausgebaute Mitbestimmungsmöglichkeiten wünscht sich der Verein Mehr Demokratie auch für die Bundesrepublik. „Insbesondere in Finanzfragen sind den Bundesbürgern bei Volks- und Bürgerentscheiden oft die Hände gebunden“, sagt Gerald Häfner, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Anders in den USA: Allein im November diesen Jahres dürfen die Bürger in 15 Fällen darüber abstimmen, ob die öffentliche Hand für alternative Energienutzung, medizinische Versorgung oder Hochgeschwindigkeitszüge Kredite aufnehmen darf.

„Während in Deutschland noch die Furcht vor dem verantwortungslosen Bürger vorherrscht, belegen Studien aus der Schweiz und den USA, dass Bürgerbeteiligung den öffentlichen Haushalten eher nützt als schadet“, so Häfner.

<http://demokratie.mine.nu>



## „Wir sind die Welle, die euch überrollt“

Italien erlebte in den letzten Wochen die größten Proteste der letzten Jahre. Hunderttausende Schüler und Studierende beteiligten sich unter dieser Losung in den vergangenen Wochen an den Demonstrationen und Universitätsbesetzungen gegen die jüngsten „Reformen“ im Schul- und Universitätsbereich. In Rom, Neapel, Palermo, Florenz, Mailand, Bologna ... demonstrierten oft Zehntausende, so wurde in Rom das Bildungsministerium ein Tag lang belagert. In Neapel z.B. bestimmten Schüler und Studierende

können ab sofort über den Schulerfolg entscheiden, Schüler wegen „schlechten Benehmens“ durchfallen. Volksschüler sollen nun fünf Jahren vom selben Lehrer unterrichtet und Schuluniformen verbindlich werden. Ein Dammbruch bedeutet die Entscheidung, nunmehr eigene Klassen für ausländische Schüler einzurichten – diese infame Maßnahme richtet sich vor allem gegen Flüchtlinge und Migranten aus Nordafrika und Osteuropa, deren Kindern damit die Integration verwehrt wird.

Auch wenn Beobachter berichten, dass die Popularität der Berlusconi-Regierung durch die Proteste einen

schnallen an und inszenierten, geduldet, ja unterstützt von der Polizei, regelrechte Straßenschlachten an.

Auslands-  
nachrichten

## Lehrerproteste in Portugal

Mit ihrer bisher größten Demonstration, einem „Marsch der Empörung“, wandten sich rund 100.000 von 140.000 Lehrern gegen eine Bildungsreform, die u.a. die Bewertung der Lehrer durch die eigenen Kollegen vorsieht. Das Bildungssystem bedürfe zwar einer Reform. Doch müsse dazu die Kooperation mit den Lehrern gesucht werden. Die Teilnehmenden warfen der Bildungsministerin autoritären Stil vor und forderten ihren Rücktritt.

## Spanien: Folter nimmt zu

Mehr als 5.400 Fälle von Folter hat die Koordination für Folterprävention CTP, ein Bündnis von mehr als 40 Menschenrechtsorganisationen, für den Zeitraum 2001 bis Mai 2008 dokumentiert. Allein 2007 sind 1.025 Fälle von Folter und Misshandlungen auf Kommisariaten, in Gefängnissen, Internierungslagern oder auf offener Straße registriert, eine Zunahme von 40% gegenüber dem Vorjahr. Die CPT listet, sofern die Betroffenen einverstanden sind, die genauen Umstände der einzelnen Fälle und den Stand des Verfahrens detailliert auf. Die gesammelten Daten zeigen, dass Misshandlungen und Folter ein weites Feld umfassen. Die Mehrzahl der Betroffenen, die Anzeige erstatten, sind soziale Aktivisten, Migranten, Gefangene und Verhafteter unter totaler Kontaktsperre. Der Bericht enthält erschütternde Aussagen wie das eines taubstummen Ehepaares, das geschlagen wurde, nachdem es Polizisten in der Zeichensprache beschimpft hatte. Der rechtlichen Gegenwehr stehen unendlich große Hürden im Weg, wie ein Fall aus Almeria beispielhaft zeigt: Angehörige der Guardia Civil, der eine Schlägerei begonnen und dabei einen Bauern getötet hatten, erhielten in drei Fällen Geldstrafen, fünf weitere Guardia Civiles wurden freigesprochen. Ein halbes Jahr später verurteilte ein Gericht einen Angehörigen des getöteten Bauern wegen Körperverletzung zu 6 Monaten Haft. – Im Mai hatte der Sonderberichterstatter der UNO für Menschenrechte im „Kampf gegen den Terror“ spanischen Institutionen einen Besuch abgestattet. Im Anschluss warnte er vor „der alarmierenden Zersetzung des spanischen Rechtssystems, das mit vagen Definitionen Delikte als Terrorismus klassifiziert, die keiner sind“. Unter anderem forderte er die Abschaffung der totalen Kontaktsperre.

Zusammenstellung  
Christiane Schneider



mit kleinen und größeren Aktionen, mit Wandzeitungen, Unterschriftensammlungen, öffentlichen Vorlesungen, Straßenblockaden tagelang das Straßenbild. Ein eintägiger Generalstreik im italienischen Schulwesen fand große Unterstützung auch durch die Lehrgewerkschaft und Elterninitiativen. Ungeachtet all dessen hat die Regierung Berlusconi ihre „Reform“ verabschiedet. Nun sollen 87.000 Lehrerstellen und 44.500 Stellen im Verwaltungsbereich der Schulen gestrichen und damit die Ausgaben im Schulbereich um 7% gekürzt werden. Auch den Universitäten droht die drastische Kürzung der öffentlichen Gelder. Den Streichungen galt der Hauptprotest, doch die anderen Maßnahmen der „Schulreform“ sind nicht weniger bedenklich: Die sog. Ordnungsnoten

Dämpfer erhielt, bleibt die politische Situation kompliziert. Während sich der Widerstand formiert und radikalisiert, kann die Regierung auf Umfrageergebnisse von 70% verweisen, die die Marginalisierung der Opposition andeuten. Besonders beunruhigend ist in den konkreten Auseinandersetzungen die Rolle neofaschistischer Schüler- und Studentenorganisationen. In einigen rechtsgerichteten Stadtteilen Roms z.B. wurden Schulen unter ihrer Leitung besetzt; sogar im eher linken Turin versuchten sie sich bei Institutsbesetzungen zu profilieren. Bei einer Schüler- und Studentendemonstration mit Zehntausenden Teilnehmern in Rom versuchten sie, sich mit ihren Lautsprecherwagen an die Spitze zu setzen; dabei griffen sie die Teilnehmer mit Latten, Axtstielen und Gürtel-



## Lie-Down für die Opfer von Streubomben

MÜNCHEN. An historischer Stelle vor der Münchner Feldherrnhalle legten sich am 26.10.2008 etwa siebzig Menschen auf den Boden – rund um einen bombenähnlichen Körper mit dem Graffiti-Slogan: „Nein zu Streubomben!“ Diejenigen, die von Handicap International zu dieser Aktion in der herbstlichen Kälte zusammengerufen wurden, wollen damit ein Zeichen der Solidarität mit den vielen weltweiten Opfern von Streubomben setzen. Über 100.000 Menschen wurden in den letzten Jahrzehnten von diesen grausamen Waffen verletzt oder getötet – oft noch lange nach einem Krieg, wenn einer der vielen Blindgänger aus Streubomben explodierte. 98 % der bekannten Opfer stammen aus der Zivilbevölkerung. Nach jahrelangen Protesten der internationalen Kampagne gegen Streubomben (Cluster Munition Coalition), zu der Handicap International als Mitgründer und besonders aktives Mitglied gehört, soll dieser Waffengattung jetzt ein Ende gesetzt werden: Am 3. Dezember 2008 wird in Oslo ein internationaler Verbotsvertrag unterzeichnet. Außenminister Steinmeier wird persönlich für Deutschland dabei sein. Danach geht es darum, dass das Verbot schnell und umfassend umgesetzt wird, keine Ausnahmen zugelassen werden – und vor allem auch diejenigen unterschreiben, die in den letzten Jahren am massiven Einsatz von Streubomben beteiligt waren. So z.B. die USA, Israel oder Russland. Mit Großbritannien, Frankreich, Deutschland und anderen beteiligen sich zumindest schon einige wichtige Produzenten und Verwender am Verbot.

[www.handicap-international.de](http://www.handicap-international.de)

## Weltweite Proteste gegen Überwachung am 12. Oktober

BERLIN. Am 12. Oktober 2008 fanden unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungs-

wahn!“ erstmals weltweite Proteste gegen Überwachungsmaßnahmen wie Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten, Flugreisendenüberwachung und biometrische Bürgererfassung statt. In mehr als 15 Ländern forderten Bürgerinnen und Bürger den Abbau von Massenüberwachung, einen sofortigen Stopp neuer Überwachungsmaßnahmen und eine unabhängige Überprüfung bereits beschlossener Gesetze. „Eine freie und offene Gesellschaft kann ohne bedingungslos private Räume und Kommunikation nicht existieren“, heißt es zur Begründung in dem internationalen Aufruf.

In Berlin fand die größte Demonstration gegen Überwachung in der Geschichte der Bundesrepublik statt: In dem über 2 km langen Demonstrationszug trugen die Teilnehmer Transparente mit Aufschriften wie „Du bist Deutschland, Du bist verdächtig“, „Keine Stasi 2.0 – Hier gilt das Grundgesetz“, „Angst vor Freiheit?“ und „Je gläserner der Bürger, desto zerbrechlicher die Demokratie“. Neben thematisch einschlägiger Musik waren immer wieder laute Sprechchöre zu hören wie „Wer heute noch darüber lacht, wird morgen früh schon überwacht!“ oder „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns're Daten klaut!“. Am Rande der Demonstration, zu der über 117 Bürgerrechtsvereine, Berufsverbände, Gewerkschaften, Parteien und weitere Organisationen aufgerufen hatten, parodierten Künstler die Überwachungsgesellschaft. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor forderten die Veranstalter politische Konsequenzen.

[www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)

Foto: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung



## Aktion für rassismustfreie Kneipen

HAMBURG. Die Hamburger Aktion „laut gegen nazis“ will jetzt bundesweit „Go Areas“ in der Gastronomie schaffen. Im Rahmen dieser Aktion erhält ein Gastronom gegen eine Jahresgebühr von 50 Euro ein Informationspaket mit wichtigen Tipps im Umgang mit Rechtsextremen, Rassisten und Nazis



und einen Aufkleber, den er dezent in den Eingangsbereich installieren kann. Für Notfälle gibt es eine Beratung: Was kann man tun, wenn Rechts-extreme einen Betrieb unter falschen Namen anmieten? Wann kann ich von meinem Hausrecht Gebrauch machen? Verbunden mit dieser Aktion soll zudem im Frühjahr 2009 ein Reiseführer mit besonders toleranten Lokalen herausgebracht werden. Start der Aktion ist sofort. Sie wird gemeinsam vom Side Hotel Hamburg, der Amadeu Antonio Stiftung und dem Magazin PRINZ initiiert.

[www.lautgegennazis.de](http://www.lautgegennazis.de)

## Studierende fordern: „Gesinnungstest einstellen!“

BERLIN. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) unterstützt die Kampagne „Don't Discriminate Gesinnungstest einstellen!“. Hierbei wenden sich die unterstützenden Organisationen gegen einen Geheimerlass der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Demnach müssen Menschen, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen und aus einem von 26 befragungspflichtigen Ländern stammen, einen standardisierten Fragebogen ausfüllen. Bei den 26 Ländern handelt es sich um 24 arabische Staaten, Kolumbien und Nordkorea. Die Antworten aus den Fragebögen werden in der Ausländerakte des Betroffenen gespeichert und bei Bedarf an Sicherheitsbehörden weitergeleitet. Hierbei entstehen Datenmengen, die die 2001 durchgeführte Rasterfahndung bei weitem übertreffen. Diese wurde am 4. April 2006 vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt. „... wir [fordern] von Ministerpräsident Rüttgers und Konsorten eine Abkehr von dieser diskriminierenden Politik und die Abschaffung der Gesinnungstests“, so Bianka Hilfrich, ebenfalls Mitglied im Vorstand des fzs, abschließend.

[www.fzs.de](http://www.fzs.de)



## Rechtsextreme contra „Zug der Erinnerung“

DRESDEN. Die im sächsischen Landtag vertretene Partei NPD schreibt die NS-Massentötungen von mehr als einer Million Kindern und Jugendlichen sogenannten „Einzelschicksalen“ zu. Deren Darstellung im „Zug der Erinnerung“ habe die deutschen Bahnhöfe „zweckentfremdet“. Dies geht aus einer parlamentarischen Anfrage hervor, die von der Dresdner Landesregierung jetzt beantwortet wurde (Nr. 4/12265). Die NPD will u. a. wissen, ob es auf den Stationen der mobilen Ausstellung „wegen der zweckentfremdeten jeweiligen Stilllegung eines Gleises zu Behinderungen oder Verspätungen des Bahnverkehrs“ gekommen sei (Antwort: Keine „Behinderung“ bekannt). Auch interessiert sich die NPD für die Kosten, die dem gemeinnützigen Trägerverein in Sachsen entstanden sind. Unter Punkt 4 will die NPD wissen, ob die Dresdner Landesregierung die Herstellung einer alternativen Ausstellung beabsichtige – „in ähnlicher Form wie im ‚Zug der Erinnerung‘“, aber am Beispiel „deutscher“ bzw. „sächsischer Kinder und Jugendlicher“, die dem „anglo-amerikanischen Luftterrorismus“ anheim gefallen seien. Die propagandistischen Unterstellungen werden von der sächsischen Landesregierung zurück gewiesen. Sie betont, „dass es sich beim Holocaust nicht um ... menschliche Einzelschicksale handelt, sondern um Völkermord“.

[www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu)

## Alternativer Bildungsgipfel: Goldene Raffzähne 2008 verliehen

DRESDEN. Während des Bildungsgipfels der Bundesregierung am 22. Oktober in Dresden haben fairwork e. V. und die DGB-Jugend die „Goldenen Raffzähne 2008“ an die Firma x:hibit aus Berlin verliehen. Vorgeschlagen wurde x:hibit von einem ehemaligen Praktikanten. Er berichtet, dass die Hälfte aller x:hibit-Mitarbeiter als Praktikanten beschäftigt sind – Auch wenn fairwork und die DGB-Jugend wissen, dass kostendeckendes Arbeiten im Kulturbereich nicht einfach ist, ist ihre Forderung: Faire Löhne für faire Arbeit! Der „Raffzahn 2008“ wurde im Rahmen des Alternativen Bildungsgipfels verliehen, der von einem Aktionsbündnis



aus Studierenden, Schülerinnen und Schülern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf dem Theaterplatz in Dresden organisiert wurde. Nach mehreren Workshops rund um das Thema Bildung endete er mit einer Demonstration für bessere Bildung und gegen den Bildungsgipfel von Bund und Ländern. André Schnabel von der DGB-Jugend Sachsen forderte bei der Abschlusskundgebung ein gerechteres Bildungssystem: „Bildung muss in Zukunft als Menschenrecht begriffen werden und gute Bildung muss für jeden zugänglich sein.“ [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Rekord: 117 Millionen Menschen demonstrieren gegen Armut

BERLIN. Ob im somalischen Flüchtlingslager, bei einer Schuleröffnung in Indien, an deutschen Universitäten, in US-amerikanischen Gottesdiensten



oder bei Konzerten in Nigeria, Singapur und Polen: exakt 116.993.629 Menschen in 131 Ländern haben sich an den weltweiten Aktionstagen gegen Armut beteiligt. Zwischen dem 17. und 19. Oktober sind sie im Rahmen der Aktion „Stand Up & Take Action“ aufgestanden, haben ihre Stimme gegen Armut erhoben und den verstärkten Kampf gegen weltweite Armut und die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) gefordert. 117 Millionen Teilnehmer bedeutet, dass fast zwei Prozent der Weltbevölkerung mitgemacht hat – eine historisch einmalige Mobilisierung und gleichzeitig ein Weltrekordeintrag im Guinness Buch der Rekorde. Aufgerufen hatte die weltweite Aktion gegen Armut (Global Call to Action against Poverty, GCAP) und die UN-Millenniumskampagne. Bei vielen Aktionen war das weiße Band, das Zeichen gegen Kampf gegen weltweite Armut zu sehen. In Deutschland haben sich offiziell 127.017 Menschen bei mehr als 170 Events beteiligt. Bezogen auf Europa wurden nur in Italien mehr Menschen mobilisiert.

[www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de)

## Weltspartag: „Die Profiteure sollen zahlen!“

BERLIN. „Nicht auf unsere Kosten – Die Profiteure sollen zahlen!“ Unter diesem Motto haben am 30.10., dem Weltspartag, 400 BerlinerInnen bei einer von Attac mitorganisierten Kundgebung vor dem Bundesfinanzministerium eine sozial gerechte Finanzierung der Kosten der Finanzkrise gefordert. Jahrelang haben sich die Bedingungen für die große Bevölkerungsmehrheit durch Sozialabbau und Niedriglöhne verschlechtert, während eine kleine Minderheit von den liberalisierten Finanzmärkten profitiert hat. Es ist Zeit für eine grundlegende Umverteilung von Reich zu Arm. Dafür demonstriert eine wachsende Bewegung, die trotz Dauerregens und kaltem Wetter in Berlin und weiteren Orten auf die Straße gegangen ist. Attac fordert eine Sonderabgabe auf Vermögen zur Finanzierung des Banken-Rettungspaket sowie massive Investitionen in eine soziale und ökologisch nachhaltige Infrastruktur, um die verheerenden sozialen Folgen der drohenden Wirtschaftskrise abzumildern.

[www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)

## FIAN Rundreise zu Goldbergbau in Ghana

KÖLN. Vom 30. November bis 14. Dezember 2008 veranstaltet FIAN (Food-First Informations- und Aktions-Netzwerk) eine europäische Rundreise mit Gästen aus Ghana, vom 1.-8. Dezember finden Veranstaltungen in Deutschland (Schwerpunkt NRW) statt. Die Rundreise soll über die dunkle Seite des Goldes, also die im Zusammenhang mit Goldabbau begangenen Menschenrechtsverletzungen informieren. Im Mittelpunkt steht der Fall der Goldmine Iduapriem, die 17 Jahre von der Weltbank und einige Jahre durch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (mit Sitz in Köln) gefördert wurde. Die Iduapriem Goldmine liegt im Wassawest Distrikt und wird aktuell von AngloGold Ashanti betrieben. Kleinbauernfamilien, die auf der Konzession der Goldmine Iduapriem leben, leiden zunehmend an Hunger, da ihr Land von der Mine übernommen wurde. Hinzu kommt, dass Wasserquellen versiegt oder verschmutzt sind, und dass Brunnen nicht funktionieren. Seit 2003 gibt es zwei unter Beteiligung der Weltbank ausgearbeitete Aktionspläne, aber das Unternehmen hat wiederholt seine Versprechen gebrochen und andere Akteure – wie die Umweltbehörde und die Weltbank – haben es versäumt, das Recht auf Nahrung und Wasser der Gemeinden zu schützen. Besonders betroffen ist das Dorf Teberebie mit 700 Einwohnern.

[www.fian.de](http://www.fian.de)



Für Blinde gibt es in Ravensburg zahlreiche Stolperfallen

## Die Linke spricht mit dem Landesblindenforum

Für Menschen, die über ausreichend Sehkraft verfügen, um ihren Alltag normal zu bestreiten, ist die Lebenssituation von Blinden oder stark Sehbehinderten kaum nachvollziehbar. Im Gespräch mit dem Kreisvorstand der Linken bemängeln Torsten Hopperdietzel (35) und Hans Bartsch (64) vom Landesblindenforum Versäumnisse in Ravensburg, die ihnen das Leben unnötig erschweren.

**NR:** Ihr habt mehrere Verbände – darunter auch uns als Linke – angeschrieben und nachgefragt, wie der Stand bei der Einrichtung einer akustischen Haltestellenansage in Ravensburg und Weingarten ist. Könnt ihr das Problem kurz erläutern? Und wie war die Reaktion?

**Hopperdietzel:** In den Bussen in Ravensburg und Weingarten fehlt ein akustisches Fahrgastinformationssystem. Uns als Blinde und Sehbehinderte stellt das vor ein großes Problem, ohne Hilfe können wir die Busse kaum nutzen. Vergisst der Busfahrer trotz vorheriger Bitte, die Haltestelle anzukündigen, stehst Du an einer Haltestelle, deren Umgebung dir fremd ist. Kein

Mensch kann sich das Wegenetz einer ganzen Stadt auswendig merken. Für eine selbständige Lebensführung, um die es uns ganz zentral geht, ist das eine gravierende Einschränkung. Zwar haben die Stadtwerke uns mitgeteilt, dass ab Jahresende mit der Einrichtung des Systems begonnen werde. Von der Deutschen Bahn kam kurz darauf allerdings ein Schreiben, das dies deutlich relativierte. Wir sind gespannt, ob es jetzt tatsächlich zur Nachrüstung kommt, Vertröstungen sind wir gewöhnt. Reaktionen aus der Politik gab es nur von der Linken und vom Ersten Bürgermeister Weingartens, Herrn Kapellen, was uns doch enttäuschte. Vermutlich lag es daran, dass unsere Anfrage in konkrete Fragen gefasst war, auf die sich nicht mit Ja, Nein oder einer einfachen Floskel antworten ließ.

**Bartsch:** Der Kampf um das akustische Fahrgastinformationssystem dauert nun bereits über zehn Jahre. Ablehnungen oder Verzögerungen werden mit Nachrüstungskosten von 3000 bis 10000 Euro pro Bus begründet – ein Betrag, der unserer Auffassung nach viel

zu hoch veranschlagt ist, wenn man bedenkt, dass eine visuelle Fahrgastinformation bereits existiert. Andere Städte sind da weiter: Konstanz beispielsweise, das von der Größe her mit dem Stadtverkehr Ravensburg/Weingarten vergleichbar ist, hat seit langem neben dem visuellen ein akustisches System.

**NR:** Wie viele der Einwohner sind denn auf ein solches System angewiesen?

**Hopperdietzel:** Es gibt im Landkreis über 700 Personen, die wegen eingeschränkter Sehfähigkeit als schwerbehindert gelten. Dazu kommt eine Dunkelziffer, vor allem an alten Menschen, deren Sehkraft nachlässt. Ich sage immer: Unsere Probleme sind die Probleme der zukünftigen Alten.

**Bartsch:** Nicht zu vergessen sind andere Personengruppen, für die ein solches System nützlich wäre, z.B. Analphabeten oder Ortsfremde. In der Summe wird die Zahl der dringend Angewiesenen aufgrund der demographischen Entwicklung noch steigen.

**NR:** Wo hakt es in Ravensburg noch?

**Bartsch:** Die Pflasterung in der Stadt ist eine Katastrophe. Sie erschwert

Mannheim: Podiumsdiskussion der LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“

## Leben und Arbeiten in einer Werkstätte für Behinderte – Fluch oder Segen?

Die Veranstaltung fand am 12. Oktober im Volkshaus in Mannheim-Neckarau statt. Auf dem Podium saßen der Behindertenbeauftragte der Stadt Mannheim Klaus Dollmann, Michael Seiter (Moderator), Stephan Lorent (Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Linken „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“), Andreas Bollmer (Bundvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Werkstatträte“ und Andreas Scheibner, ein Mitarbeiter einer Werkstätte für behinderte Menschen (WfBM), auf dem Bild von links nach rechts.

Die Veranstaltung fand zwar nur vor 20 Zuhörern – vorwiegend Betroffene – statt. Trotzdem entwickelte sich eine interessante und lebhaft diskutierte Diskussion.

Es zeigte sich, dass die „Werkstätten für Behinderte Menschen“ mitnichten ein randständiges Problem sind, als das es gemeinhin betrachtet wird. Inzwi-

schen arbeiten rund 300.000 Menschen in solchen Einrichtungen – Tendenz steigend. 1994 waren es erst 160.000 Menschen.

Einig waren sich die Diskutanten, dass es nicht darum gehe, die Werkstätten abzuschaffen. Für manche Menschen seien sie lebensnotwendig. Allerdings sei die extrem niedrige Quote von 0,7% in den ersten Arbeitsmarkt ein Skandal. Das offizielle Ziel der Politik sei mittelfristig eine Vermittlungsquote von 5 bis 10%. Von diesem eigentlich sehr niedrigen Ziel sei man meilenweit entfernt. Politische Maßnahmen seien endlich notwendig.

„Jeder Behinderte sollte ein Recht auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt haben. Werkstätten sollten nicht abgeschafft werden, sondern an den ersten Arbeitsmarkt angeschlossen werden“, so Stephan Lorent.

Unternehmen, die zuwenig Behinderte einstellen, müssten stärker sanktioniert werden. Von Bollmer und den anderen wurde der monatliche Durchschnittsverdienst von 159 € als viel zu niedrig und als zentrales Problem dargestellt. 8 €, so Scheibner, sollte als Mindestlohn durchgesetzt werden, der dann auch für die Werkstätten gelten sollte.

In der Diskussion wurde außerdem auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Grundsicherung bei Erwerbslosigkeit hingewiesen. Lorent forderte in diesem Zusammenhang, dass das Recht auf Arbeit – nicht zu verwechseln mit dem Zwang zur Arbeit – im Grundgesetz verankert werden müsste.

Die WfBMs sind mittlerweile zu einem lukrativen Wirtschaftszweig geworden. Großkonzerne wie die der Automobilindustrie oder die Heidelberger

die Fortbewegung ganz enorm; und die wenigen Wege, die gut passierbar sind, werden von Werbeaufstellern blockiert. Die Stadt, die damit Gebühren einnimmt, bleibt tatenlos. Auch fehlen vielen Wegen, die von Blinden regelmäßig genutzt werden, klare Kanten oder starke Kontraste zur Orientierung.

**Hopperdietzel:** Ein weiteres Problem ist die Wertstoffentsorgung. Blinde und hochgradig Sehbehinderte können nicht ohne größeren Aufwand oder unverhältnismäßig viel fremde Hilfe bzw. Mehrkosten am hiesigen Bringsystem des gelben Sacks teilnehmen. Eine unnötige Benachteiligung von behinderten Menschen, auch ein Problem alleinstehender älterer Menschen. Eine Abholung vor der Haustür, wie sie in 75% der Kommunen Baden-Württembergs üblich ist, wäre die sinnvollste Lösung. Der „Ravensburger Weg“ jedenfalls ist für Seh- und Gehbehinderte sowie ältere Menschen ein gewaltiger Irrweg.

**NR:** Wie arbeitet ihr als Landesblindendenforum gegen diese Missstände?

**Hopperdietzel:** Für uns ist zunächst der Austausch von Betroffenen untereinander wichtig. Wir tauschen uns viel über Email-Listen aus. Daraus entstehen dann konkrete Selbsthilfeprojekte, wie Stammtische, Sommerfeste, Ausflüge oder eben auch ein Kampf um eine automatische Haltestellenanlage oder um Veränderungen im Wertstoffsystem. Das Landesblindendenforum gibt es seit 2005. Wir verstehen uns als Selbsthilfeplattform, aber auch als

Opposition zu den Blindenverbänden in Baden-Württemberg. Diese sind aus unserer Sicht weder in der konkreten Hilfestellung für Betroffene vor Ort, noch in der politischen Lobbyarbeit, eine brauchbare Interessenvertretung. Die Kürzung des Blindengeldes, einer Leistung, die behinderungsbedingte Mehrkosten abfedern soll und viele junge, gut qualifizierte Blinde und Sehbehinderte ohne Arbeit sind nur zwei von vielen Beispielen, warum Interessenvertretung mehr als die obligatorische Weihnachtsfeier bei Kaffee und Kuchen bedeutet.

**Bartsch:** Auch müssen wir gegenüber den Krankenkassen ständig um Kostenentstattungen kämpfen. Deren Devise

ist einfach: Wer nicht um sein Recht kämpft, wird abgebugelt. Auch beim Thema Erwerbsarbeit müssen Blinde immer wieder kämpfen, eine ihrer Qualifikation gerechte Stelle zu finden. Auch die Kommunen bekleckern sich nicht mit Ruhm, eingestellt wird fast nur, wenn Fördermittel in Aussicht stehen.

**Hopperdietzel:** Werkämpft, kann aber auch gewinnen. In Ravensburg wurde bei der Sparkasse auf unser Bestreben ein Geldautomat mit Sprachausgabe eingerichtet, einer von einer Handvoll blindengerecht ausgestatteter Geldautomaten in ganz Deutschland.

**NR:** Vielen Dank für das Gespräch!

(Aus „Neues Ravensburg“ Nr. 11)



Ob im Bus, bei der Wertstoffentsorgung oder bei der Mobilität in der Stadt: Sehbehinderte sind vielfach eingeschränkt. (Bilder: mk)



Druckmaschinen lassen dort produzieren. Laut Wolfgang Hamann von Verdi Rhein-Neckar bringt jeder Arbeitsplatz einer WfBM durchschnittlich 1200 € für den Träger. 1,5 bis 2 Milliarden € werde operativ umgesetzt. „Werkstattenträger scheuen wie der Teufel das Weihwasser, die Zahlen offenzulegen. Wichtig ist Offenheit und Transparenz“. Carsten Labbuda von

der Linken Weinheim wies in diesem Zusammenhang auf das „Informationsfreiheitsgesetz“ hin, das Möglichkeiten böte, um an diese Informationen heranzukommen.

Der Grundstein für die Aussonderung der Behinderten wird in den Sonderschulen gelegt. Während in Deutschland die überwiegende Mehrheit der Behinderten in Sonderschulen

abgesondert werden, sind in Skandinavien 80% aller Behinderten in der Regelschule. Ähnliche Zahlen gelten dort für die Beschäftigungsquote in den ersten Arbeitsmarkt. Man sieht also, dass Erfolge möglich sind. In Deutschland ist Baden-Württemberg trauriges Schlusslicht. Im Vergleich hierzu steht Rheinland-Pfalz viel besser da. „Bildung von Anfang an ist wichtig“, so die grüne Mannheimer Stadträtin Gabi Thirion-Brenneisen.

In der Diskussion wurde daraufhin gewiesen, dass es bei allem Gegenwind in den bisherigen Auseinandersetzungen auch Erfolge gebe. In Mannheim gibt es z.B. seit einigen Jahren mit Klaus Dollmann einen engagierten Behindertenbeauftragten und eine Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit, die in wichtigen kommunalpolitischen Fragen, wie z.B. Ausstattung von Straßenbahnen oder Gebäuden sich Gehör verschaffen.

Als Fazit bleibt: Behindertenpolitik ist kein randständiges Problem, sondern geht alle an. Wir stehen erst am Anfang. Packen wir es an! scr,

Kommunalinfo Mannheim, Nr. 22/08



### **Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus**

BERLIN. 2001 fand in Durban/Südafrika die Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz statt. Dort wurde auch ein Programme of Action verabschiedet, in dem die nationalen Regierungen aufgefordert werden, im Benehmen mit der Zivilgesellschaft eigene Aktionspläne auszuarbeiten (Aktionsplan Nr. 191a). Nach über sieben Jahren und nur ein halbes Jahr vor der „Durban Review Conference“ der Vereinten Nationen vom 20. bis 24. April 2009 in Genf hat die Bundesregierung am 7. Okt. 2008 einen Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz (NAPgR) beschlossen und veröffentlicht.

Der Verabschiedung vorausgegangen waren inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sowie unterschiedliche Auffassungen über den Grad der Partizipation von Nichtregierungsorganisationen an der Erarbeitung des NAPgR.

Die Bundesregierung hat in dem am 7. Oktober 2008 verabschiedeten Dokument eine Vielzahl von Anregungen und Beiträgen zivilgesellschaftlicher Einrichtungen nicht berücksichtigt und dies mit dem Hinweis darauf begründet, dass es sich bei dem NAPgR um ein Regierungsdokument handele. Zwar hat sie zugestimmt, die Stellungnahmen und Beiträge verschiedener NRO zum NAPgR ins Englische zu übersetzen und der Hochkommissarin für Menschenrechte in Genf gemeinsam mit dem Regierungsdokument vorzulegen. Allerdings fehlen die Stellungnahmen auf der Homepage des BMI, auf dem der Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Um größtmögliche Transparenz herzustellen, veröffentlicht der Interkulturelle Rat die ihm vorliegenden Stellungnahmen und Beiträge zivilgesellschaftlicher Organisationen und Einrichtungen zum NAPgR aus den Jahren 2000 bis 2008 auf seiner Internetseite:

[www.interkultureller-rat.de/Themen/Antirassismus/Antirassismus\\_allgemein.shtml](http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Antirassismus/Antirassismus_allgemein.shtml)

**Cross-Border-Leasing-Deal wird beendet:** BOCHUM. Werner Rügemer, der kompetenteste Kritiker der Cross-Border-Leasing Trickserien, schreibt in der TAZ vom 5. 11.: „In den USA wird Cross-Border-Leasing (CBL) noch in diesem Jahr auslaufen. Das bedeutet nicht nur das Aus für einen milliardenschweren globalen Steuerbetrug, es könnte auch vielen deutschen Städten einen Neuanfang im Umgang mit der öffentlichen Infrastruktur ermöglichen – wenn denn klar wird, wie sich die komplexen Verträge auflösen lassen. Den vorläufigen Schlusspunkt setzte die US-Steuerbehörde. Der Internal Revenue Service (IRS) forderte die etwa 100 Investoren in den USA per Formblatt dazu auf, ihre CBL-Verträge mit kommunalen Unternehmen in anderen Ländern bis zum 31.12.2008 vorfristig zu beenden. Andernfalls würden diese zwangsaufgehoben. Am 21. Oktober teilte der IRS mit, dass 80 Prozent der Angeschriebenen einem Vergleich mit der Behörde zugestimmt haben. Für 2007 erhalten sie noch 20 Prozent des beantragten Steuervorteils und müssen keine Strafe zahlen. Außerdem beenden sie die Verträge. Wie Letzteres allerdings genau aussehen soll, ist bislang vollkommen unklar – schließlich sind an den CBL-Verträgen nicht nur Verkäufer und Investor beteiligt, sondern auch noch jeweils eine Handvoll Banken.“ Man darf gespannt sein, was das für Bochum bedeutet. [www.bo-alternativ.de](http://www.bo-alternativ.de)

**Auswirkungen der Finanzkrise:** KÖLN. Die Fraktion Die Linke. Köln hat zur nächsten Ratssitzung am 13. November eine Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen der aktuellen weltweiten Finanzkrise auf die Stadt Köln beantragt. Erste dramatische Auswirkungen auf die Kölner Haushaltspolitik sind bereits eingetreten. Die städtische Zusatzversorgungskasse hat bei der inzwischen insolventen US-Bank Lehman Brothers investiert und muss nun Verluste von bis zu 6 Mio. Euro hinnehmen. Auch die Cross-Border-Leasing-Geschäfte der städtischen Beteiligungsunternehmen KVB, Messe und Stadtentwässerungsbetriebe enthalten in der aktuellen Liquiditätskrise vieler Leasinggeber mannigfaltige Risiken, deren Konsequenzen für die städtischen Finanzen noch nicht aufgeklärt sind. Auch die Folgen der neuesten Rechtsprechung in den USA, die die Beendigung dieser Geschäfte verlangt, müssen aufgeklärt werden. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen: „Die Krise des Kapitalismus ist unübersehbar und kommt in den Kommunen an. Wir haben die Cross-Border-Leasing-Geschäfte und anderes intransparentes Finanzgeba-

ren der Stadt schon immer abgelehnt. Auch die geplante Erhöhung der Eigenkapitalquote der Sparkasse lehnt Die Linke ab. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass dafür städtische Gelder anstatt der Bundeshilfen in Anspruch genommen werden sollen. Auch die Gewerbesteuer droht einzubrechen, denn ein Drittel davon stammt allein aus dem Bankensektor. Deshalb will Die Linke ihre alte Forderung nach einer kommunalen Finanzreform sofort umgesetzt wissen.“

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

**Zwangsaufhebung von CBL-Geschäften:** DUISBURG. Hermann Dierkes, Vorsitzender der Ratsfraktion und OB-Kandidat der Linken: „Der milliardenschwere Steuerbetrug zwischen US-Finanzgruppen und ausländischen Kommunen mit sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäften geht definitiv zu Ende. Duisburg hatte – gegen die massive Kritik der Linken im Rat – einen CBL-Vertrag über 1,5 Mrd. Euro mit der inzwischen fast pleitegegangenen US-Gruppe AIG abgeschlossen, und zwar über die Duisburger Straßbahnschienen und Stadtbahnanlagen. Duisburg hatte als Teil der „Beute“ rd. 36 Mio. Euro abbekommen. Bereits 2004 und 2005 waren diese Geschäfte von der US-Steuerbehörde als Scheingeschäfte zum Zweck der Steuerrückgewinnung unterbunden worden. Der jetzige Schritt der US-Behörden ist nur konsequent. Die Ratsfraktion der Linken hat eine erneute Anfrage für den Haupt- und Finanzausschuss am 1.12.08 gestellt und will wissen, was durch die Entscheidung in den USA auf Duisburg zukommt.“

[www.dielinke-in-nrw.de](http://www.dielinke-in-nrw.de)

**Privatisierung gescheitert:** KIEL. Die Privatisierung der Kieler Berufsschulen durch den Grünen Bürgermeister Todeskino in Form eines Projektes mit Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) ist zunächst gescheitert. Es hat sich herausgestellt, dass der Finanzierungsbedarf nicht bei 70 Mio. €, sondern eher bei 140 Mio. € liegt, denn private Investoren bestünden auf einer Grundsanierung, damit sie auch richtig daran verdienen können. Der Bürgermeister war wegen der Finanzknappheit der Stadt darauf gekommen, die Sanierung einem privaten Investor zu überlassen, um dann 20 Jahre oder länger diese Gebäude anzumieten. Bei einem Investitionsvolumen von 140 Mio. € müsste die Stadt dann jährlich 13 Mio. € Miete zahlen. Das wären dann 260 Mio. € Mietkosten in 20 Jahren. Zur Zeit kostet der Unterhalt der sieben Berufsschulen jährlich 5,7 Mio. €. Daran zeigt sich mal wieder, dass ÖPP-Projekte reine Bereicherungsprojekte für



Private sind, denn die privaten Investoren verdienen mindestens das Doppelte, als was es für die Stadt kosten würde, wenn sie es selbst finanziert. Meistens wird es dann noch teurer, als zunächst versprochen und das Risiko trägt am Ende wieder die Stadt.

[www.sozialismus-jetzt.de](http://www.sozialismus-jetzt.de)

**2. Antiprivatisierungs-Bundeskongress – APRI:** BRAUNSCHWEIG. Am 1. und 2. November 2008 fand in Braunschweig die 2. Bundeskonferenz der Initiativen zum Erhalt des öffentlichen Eigentums aus 30 Städten statt. Die Initiativen zum Erhalt des öffentlichen Eigentums in Deutschland sind sich einig: Kein weiteres Profitieren von öffentlichem Vermögen durch private Unternehmen – Kein weiterer Abbau unserer Demokratie. Zum Abschluss der Bundeskonferenz wurde eine Erklärung verfasst, in der es heißt: Die Privatisierungsbefürworter sind in der Legitimationskrise. 500 Mrd. Euro aus öffentlichen Haushalten für Banken – ohne entsprechende Gegenleistung – ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft und Demokratie. Die Bilanz der Privatisierungen, einschließlich des Privatisierungsmodells PPP, ist erschreckend negativ: die Verträge werden verschleiert, die Gegenleistungen der Privaten sind schlecht, und die zusätzliche klammheimliche Verschuldung der Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Hand durch Schattenhaushalte erhöht die Verschuldung.

*Forderungen:*

1. Die am Gemeinwohl orientierte Daseinsvorsorge darf nicht der Logik der Gewinnmaximierung folgen.
2. Die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge dienen, ist in Bund, Ländern und Gemeinden zu stoppen. Alle Gesetze, die PPP begünstigen und beschleunigen sind aufzuheben. (...)
5. Alle Verträge und Vereinbarungen zu PPP und anderen Privatisierungsformen sind Bürgerinnen und Bürgern offen zu legen und auf Verlangen zu erklären. PPP-Projekte und andere Privatisierungsformen sind durch Rechnungshöfe auf Möglichkeiten der Rückabwicklung zu prüfen.
6. Transparenz für alle bestehenden und geplanten Projekte. Deshalb fordern wir ein bundesweites öffentlich zugängliches PPP-Register mit Nennung der Finanzvolumina, Laufzeiten, Betreiber, beteiligten Banken und Beratern.
7. Wir brauchen ein Investitionsprogramm zur Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen (z. B. Schulsanierung), insbesondere zur kommunalen Sicherung und zur Re-kommunalisierung der Daseinsvor-

sorge. Motto: Demokratie stärken und regionale Wirtschaft fördern.“

[www.meinepolitik.de](http://www.meinepolitik.de)

**Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen:** BERLIN. In den letzten Jahren haben einzelne Kommunen vormals privatisierte Leistungen in verschiedenen Bereichen wieder in ihre operative Gestaltungshoheit zurückgenommen. In diesem Kontext wird mitunter von einer Renaissance der Kommunen gesprochen. Doch ob es sich dabei um eine Trendwende oder nur um Ausnahmefälle handelt, ist derzeit noch nicht geklärt. Vor diesem Hintergrund wurde vom Difu eine Kurzstudie zur Rückübertragung von operativen Dienstleistungen am Beispiel der Abfallwirtschaft durchgeführt. Mit der Studie soll den Kommunen eine erste Hilfestellung für Entscheidungsprozesse zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen einer Literatur- und Internetrecherche wurden sowohl konkrete Beispiele betrachtet als auch gesellschaftliche und politische Aspekte herausgearbeitet. Ausgelöst vor allem durch negative Privatisierungsbeispiele findet ein Wandel des Meinungsbildes statt. Dass mit Privatisierungen zwangsläufig Kostenersparnisse bzw. Effizienzsteigerungen einhergehen, konnte anhand bisheriger Erfahrungen nicht in jedem Fall bestätigt werden. Auch im Sektor der Abfallwirtschaft haben verschiedene Kommunen festgestellt, dass durch Privatisierungen nicht alle originären Ziele erreicht wurden. Die Kurzstudie erscheint in der Veröffentlichungsreihe der „Difu-Papers“. [www.difu.de/archiv/Ber-08-3.pdf](http://www.difu.de/archiv/Ber-08-3.pdf)

**Lage der Kommunen wird sich dramatisch verschlechtern:** BERLIN. Die nach der jüngsten Steuerschätzung voraussichtlich zu erwartenden Steuermehreinnahmen im laufenden Haushaltsjahr dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Finanzsituation im nächsten Jahr wieder verschlechtern wird. „Der Konjunkturabschwung und die Finanzmarktkrise werden sich negativ auf die Haushalte der Kommunen auswirken und deren Investitionstätigkeit deutlich einschränken. Wir rechnen im nächsten Jahr zudem mit rückläufigen Gewerbesteuererträgen“, sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Der Bund muss jetzt eine Infrastrukturoffensive einleiten, um die Kommunen und den Mittelstand zu stärken. Die Infrastrukturinvestitionen der Kommunen sind Voraussetzung für unternehmerische Investitionen und Wachstum. Von einer nachhaltigen Investitionsfähigkeit der Kommunen profitieren auch Bund und

Länder. Aufgrund der angespannten Finanzsituation in den zurückliegenden Jahren hat sich ein Nachholbedarf bei den Investitionen angestaut. Große Sorgen machen den Kommunen auch die Ausgaben für soziale Leistungen, die trotz guter Arbeitsmarktsituation der zurückliegenden Monate weiter auf hohem Niveau liegen. Wenn wir den Sozialstaat zukunftsfest machen wollen, müssen wir sicherstellen, dass die sozialen Leistungen nicht immer weiter steigen. Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme muss weitergehen, denn die Reform von heute ist der Erfolg von morgen, wie die Agenda 2010 deutlich gezeigt habe. [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

**Wut über Kahlschlagpolitik:** OBERHAUSEN. Unter dem Motto „Wir sind Oberhausen“ initiiert und organisiert der Verdi-Bezirk Mülheim-Oberhausen ein Bündnis, dem alle gesellschaftlichen relevanten Gruppen, Parteien und Verbände angehören. Das Bündnis richtet sich gegen die Anordnung der Bezirks- und der NRW-Landesregierung, im städtischen Haushalt jährlich 150 Millionen Euro einzusparen – und das auf unbestimmte Zeit. Henrike Greven, Verdi-Bezirksgeschäftsführerin: „Diese Vorgaben haben nichts mit einem seriösen Versuch zu tun, den Haushalt zu sanieren. Entlassungen, Steuererhöhungen, Schließungen, unterlassene Bauvorhaben sind die Rezepte der Bezirksregierung und des NRW-Innenministeriums, mit denen jährlich 150 Millionen Euro im städtischen Haushalt eingespart werden. Damit wird diese Stadt mit ihren 217000 Einwohnern kaputtgespart.“ Die Schulden Oberhausens belaufen sich auf 1,6 Milliarden Euro. Ursache für die immense Verschuldung sind in erster Linie die Folgen des Strukturwandels bei Kohle und Stahl. Im Vorfeld hatte sich der Stadtrat auf ein Einsparvolumen von jährlich 50 Millionen Euro verständigt. Wie groß Wut und Empörung über diese Kahlschlagpolitik sind, zeigt ein Blick auf die Mitglieder dieses Bündnisses. Es reicht von CDU, SPD und Linken über Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Unternehmer, Sportvereine bis hin zu Schulen und Ausbildungsbetrieben. All diese Gruppen, so Henrike Greven, eint der Wille, gemeinsam für diese Stadt zu kämpfen. Für den Erhalt der Arbeitsplätze, für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein erster Erfolg konnte das Bündnis bereits verbuchen: Über 4000 Menschen beteiligten sich an einer Protestdemonstration vor dem Rathaus.

[www.verdi-news.de](http://www.verdi-news.de)  
(Zusammenstellung: ulj)

# Der IG Metall läuft die Zeit davon

Mit massiven Warnstreiks sucht die IG Metall seit Ende der Friedenspflicht am 1. November Druck auf die Arbeitgeberverbände auszuüben. Rund 550.000 Beschäftigte aus der Metall- und Elektroindustrie bundesweit legten in der ersten Warnstreikwoche ihre Arbeit nieder. Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, stellte am 4. November das ernst gemeinte Ultimatum an die Arbeitgeber: „Die vierte Tarifverhandlung in Baden-Württemberg ist die letzte Chance der Arbeitgeber, ein kompromissfähiges Angebot vorzulegen und einen Streik abzuwenden.“

Die vierte Tarifverhandlung in Baden-Württemberg findet (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Politischen Berichte) am Dienstag, den 11. November, statt. Die Vorstände sowohl von IG Metall als auch Gesamtmetall sind dann vor Ort. Gelingt in der Nacht zum 12. November kein Kompromiss, sind die Verhandlungen gescheitert. Die weiteren Termine sind für diesen Fall bereits wie folgt gesetzt.

Am 12. November vormittags treten die Tarifkommissionen in sämtlichen Tarifbezirken zusammen und bereits nachmittags berät der Vorstand über Urabstimmung und Streik. Der weitere Zeitplan der Gewerkschaft sieht dann bereits ggf. für den 13./14. November die Urabstimmung und den 17. November als möglichen Streikbeginn vor.

Die IG Metall hat es eilig, ihr läuft die Zeit davon. Nach den Ankündigungen zunächst von Mercedes, BMW und anderen aus der Automobilindustrie folgen nunmehr bereits nahezu täglich Meldungen auch aus der Zuliefer- und

gesamten Metallindustrie über Produktionsunterbrechungen und vorzeitigen so genannten Weihnachtsurlaub. In der Praxis werden infolge sinkender Auftragseingänge Vereinbarungen über Betriebsruhetage durch Urlaubstage, Abbau von Mehrarbeitsstunden und Arbeitszeitkonten mit den Betriebsräten getroffen.

Schon seit einiger Zeit steht fest, dass die bewährte Strategie der IG Metall im Sinne von Konzentration auf einem Pilotbezirk als Vorreiter (in der Regel Baden-Württemberg, NRW oder Bayern) und gezielten Streikmaßnahmen, in der oder mit Wirkung auf die Automobilindustrie, diesmal nicht greifen kann. Streik in der Automobilindustrie fällt sozusagen aus. In den Fokus treten die Elektroindustrie, Kraftwerksausrüster, Hersteller von Energieanlagen etc. Spekuliert wird auch darüber, ob die IG Metall diesmal in mehreren Tarifbezirken gleichzeitig in den Streik gehen wird.

Wie dem auch sei. Die Zeit ist knapp. Ein Streik über Weihnachten macht keinen Sinn. Die Erwartungen der Mitglieder sind (das zeigen nicht zuletzt die Warnstreiks) hoch. Meldungen über hohe Boni-Zahlungen an das Management heizen die Stimmung zusätzlich an. Die ausgesuchten Streikbetriebe sind bereit, wenn es denn sein muss.

Wie so oft hängt alles davon ab, ob die Differenz von einem moderaten Verhandlungsergebnis zu einem möglicherweise durch Streik erreichbaren Ergebnis so groß ist, dass der Einsatz für einen längeren Streik sich rechnet. Wenn nicht, dann nicht.

brr

# Aufregung um Ford

In den letzten Wochen und Monaten hat es viel Aufregung um die Zukunft der Ford-Werke gegeben. Viel Unfug ist dabei veröffentlicht worden: Das Motorenwerk sei schon tot. Die Fiesta-Produktion solle verlagert werden. Die Bänder in Saarlouis ständen still. Entlassungen hätten begonnen, und so weiter. Die Situation ist zwar in der Tat nicht nur eitel Sonnenschein, aber diese Horrormeldungen sind doch maßlos übertrieben.

## Die Situation in den USA ...

Seit etwa Anfang letzten Jahres befindet sich die US-Wirtschaft am Ende eines normalen Konjunkturaufschwunges. Entsprechend ging den Automobilabsatz leicht zurück. Überlagert wurde dies dann in diesem Jahr von stark steigenden Energie-, vor allem Ölpreisen. Zusätzlich hat in der Öffentlichkeit die überfällige Diskussion um eine zukunftsfähige Energiepolitik begonnen. Dies alles zusammen führt zu dramatischen Rückgängen im Automobilverkauf sowie zu einer sich sehr schnell verschiebenden Nachfrage bei der Art von Autos: Weg von Sprit fressenden Pick-Ups und SUVs (Sport Utility Vehicles = Große Autos für die Stadt mit Geländewagen-Design und teilweise auch -Fähigkeiten) hin zu sparsameren PKW.

Dies führt bei allen Automobilkonzernen in den USA zu drastischen Umsatzeinbußen und entsprechenden Ertragsproblemen. Selbst „Musterschüler“ Toyota macht keine Gewinne mehr.

Diese Situation wird nun noch durch die Bankenkrise verschärft. Zum einen wirkt die Verunsicherung, zum anderen bekommen Privathaushalte schlechter Kredit.

Wurden in den letzten Jahren zwischen 16 und 18 Millionen Autos jährlich verkauft und träumte die Autoindustrie schon vom Knacken der 20-Millionen-Marke, so wurden im September 2008 nicht mal mehr 10 Millionen Autos verkauft. Der Oktober läuft noch schwächer an. Ford hat gegenüber dem Vorjahr 30% weniger Autos verkauft.

Besonders hart getroffen sind die altingesessenen Detroit Autokonzerne genannt „The Big Three“ die großen Drei – Chrysler, Ford und General Motors (Mutter von Opel). Diese hatten im Gegensatz zu Toyota, Honda, BMW oder Mercedes zu viel Produktionskapazitäten für die großen Modelle ge-



**Letzter Stand:** Die entscheidende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ist am Mittwochmorgen in eine kritische Phase getreten. Aus Verhandlungskreisen hieß nach knapp 17-stündigen Gesprächen, dass sich noch keine zügige Lösung abzeichne. „Wenn es bricht, dann schnell“, hieß es. Falls es eine Einigung gebe, werde diese noch mehrere Stunden dauern.





**Ford: 1968**



**Ford: 2008**

schaffen und ein zu schwaches Angebot im PKW-Sektor. Auch wenn man seit fast 20 Jahren davon redete, dass man zu abhängig von den großen Schlitten sei und sich auf eine Veränderung des Marktes vorbereiten müsse, so ist dies doch nicht gelungen. Alle drei machen daher nun auch schon einige Jahre in Folge heftige, zum Teil zweistellige Milliardendefizite.

Auch das Schließen von Werken sowie die Entlassung von insgesamt über 300.000 Beschäftigten hat diese Firmen noch nicht wieder profitabel gemacht.

Um ein Überleben dieser für die US-amerikanische Volkswirtschaft zentralen Unternehmen zu ermöglichen und den Strukturwandel hin zu zeitgemäßen Produkten zu beschleunigen, springt die US-Regierung in die Bresche. Im Windschatten des 700 Mrd. Dollar Paketes zur Rettung der großen Banken wurde ein 45 Mrd. Hilfspaket für die Automobilindustrie beschlossen.

Ford hat nach allgemeiner Einschätzung am frühesten auf die radikale Marktveränderung reagiert und wohl auch die besten Aussichten von den dreien, die Kurve zu kriegen. Ob und wenn ja unter welchen weiteren Verlusten an Arbeitsplätzen dies gelingt, ist unklar. Ein wichtiger Faktor wird sein, ob die sich abschwächende Konjunktur unter dem Einfluss der Finanzkrise doch noch zu einer Rezession wird.

#### ... und in Europa

Die Situation der Europa-Tochter sieht dagegen insgesamt sehr gut aus. Die Produktoffensive von Ford-Europa führte zu gutem Absatz und einem langsam steigenden Marktanteil. Die relativ starken Produkte, die jetzt zum Teil auch in Nordamerika gefertigt werden sollen, um dort die Wende zu unterstützen, sorgen für eine relativ stabile Situation.

Im letzten Jahr wurden etwa 1,9 Millionen Autos verkauft, begrenzt nur durch die fehlenden Möglichkeiten, mehr zu bauen. Alle Werke waren mit

Sonderschichten bis über die Nenn-Kapazität ausgelastet.

Um der eigenen Wachstumsstrategie die nötigen Kapazitäten zu verschaffen, wurde ein altes PKW-Produktionswerk in Rumänien zugekauft, in dem ab 2010 ein neues zusätzliches Modell gebaut werden soll.

Im ersten Halbjahr 2008 wurde denn auch ein Gewinn auf Rekordniveau erwirtschaftet: 1,3 Mrd. US-Dollar. Auch die sich abschwächende Konjunktur in Europa zeigt bisher keine dramatischen Folgen:

Zwar wurden die Sonderschichten gegenüber dem Plan vom Jahresbeginn reduziert und die aktuelle Verkaufsvorhersage gegenüber Jahresbeginn um 3% nach unten korrigiert. Aber das sind immer noch mehr Autos als im Vorjahr.

Vor wenigen Tagen meldete die Zeitschrift „Capital“, dass Ford Deutschland erstmalig seit vielen Jahren wieder einen satten Gewinn machen wird, 200 Mio. Euro!

Gerade vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Diskussionen um die Zukunftsfähigkeit von Automobilproduktion in Deutschland nicht zu verstehen. Die Fertigung des neuen Fiesta in Köln ist gut angelaufen, und die Produktion wird komplett abgesetzt. Auch wenn natürlich mittelfristig Verlagerungsszenarien denkbar sind, so ist doch zumindest für die laufende Fiesta-Produktion eine Verlagerung nur unter so hohen Kosten für den Umzug der Anlagen und die Verkaufsausfälle während des Umbaus zu machen, dass dies einfach ökonomischer Unsinn wäre.

Auch die Meldungen aus dem Saarlouiser Werk, Leute seien entlassen worden, sind falsch. Tatsache ist: In Saarlouis sind für den Produktionsanlauf einer Reihe von neuen Modellen (unter anderem der Kuga) letztes Jahr 560 zusätzliche Beschäftigte in Form von Arbeitnehmerüberlassungen (Leiharbeit) von der Firma Adecco ins Werk gekommen. 360 von diesen sind

nun im Mai diesen Jahres fest von Ford übernommen worden und die verbleibenden 200 laufen – wie von Anfang an geplant – nun Ende November aus. Die Anlaufphase ist vorbei und die zusätzlichen Tätigkeiten sind nicht mehr notwendig. Im Gegensatz zu den in den Medien gemeldeten Maßnahmen bei BMW, VW und anderen hat dies nichts mit schlechterer Auslastung oder Absatzproblemen zu tun.

#### Und Ford in Köln?

Wie eben beschrieben, läuft die PKW-Produktion sehr gut. Das Sorgenkind in Köln ist das Motorenwerk. Dort werden überwiegend großvolumige V6-Motoren für den US-amerikanischen Markt gebaut. Deren Absatz ist schon seit einigen Jahren rückläufig. Und so verwundert es nicht, dass mit den jüngsten Absatzeinbrüchen die Situation richtig problematisch geworden ist. Wurden früher in drei Schichten über 2000 Motoren täglich gebaut, ist heute nur noch eine Schicht in Betrieb. Aber die Nachfrage in den USA ist so eingebrochen, dass nicht mal diese 700 Motoren benötigt werden.

Die Produktion dieses Motors ist noch bis 2010 geplant, aber so wie sich die Lage jetzt entwickelt, braucht das Kölner Motorenwerk deutlich vorher eine andere Perspektive.

In weiser Voraussicht hat der Betriebsrat daher ja auch die Anschlussproduktion für den aktuellen Motor in voller Kapazität des Motorenwerkes in der Investitionssicherungsvereinbarung von 2005 (Einkommensvertrag gegen Sicherung aller Werke bis 2011) mit der Geschäftsleitung verbindlich geregelt. Und ein neuer Motor ist durchaus vorhanden. Ein neu entwickelter turbogeladener Benzin-Direkteinspritzer mit kleinem Hubraum soll in großer Stückzahl ab etwa 2010 für die Klein- und Mittelklassefahrzeuge des Fordkonzerns zum Einsatz kommen.

Die Geschäftsleitung von Ford Europa würde diesen neuen Motor zwar gern wegen der geringeren Lohnkosten ▶





## Innenministerium lehnt Volksbegehren zu Mindestlohn ab – DGB Bayern sieht sich juristisch gut gerüstet

im neuen Werk in Rumänien bauen lassen, aber dagegen steht die Vereinbarung. Diese lässt zwar prinzipiell eine Abweichung zu: Sollte die Fortsetzung der heutigen Produktion in den gesicherten Werken ökonomisch oder technisch nicht möglich sein, kann Ersatzproduktion vereinbart werden. Aber was sollte ein Motorenwerk bauen, außer Motoren? Es gibt zur Produktion des neuen Motors in Köln keine Alternative.

Zumal auch betriebswirtschaftlich viel für das Kölner Werk spricht:

- Gute und erprobte Logistik – diese ist in Rumänien nicht garantiert. Insbesondere sind Straßen und Schienenanbindung in sehr schlechtem Zustand. Ob diese überhaupt und wenn ja, rechtzeitig zum geplanten Produktionsstart modernisiert werden wird, ist völlig offen.

- Voll eingearbeitete und hochqualifizierte Arbeitskräfte. Sicher können die aktuellen und potenziellen Kolleginnen und Kollegen in Rumänien auch alles lernen. Aber bis ein Werk volle Leistung bei hoher konstanter Qualität abliefern, dauert es selbst in etablierten Werken bei neuen Produkten etliche Monate. Eine komplette Belegschaft auf ein neues Produktionskonzept, neue Technik und neue Arbeitsmethoden „einzufahren“, birgt hohe Risiken und dauert noch länger. Dazu kommt, dass die zur Zeit noch vorhandenen gut ausgebildeten Facharbeiter nach Westeuropa und Skandinavien abwandern und der Nachwuchs ausbleibt, auch auf Grund des maroden staatlichen Bildungssystems.

- Ein gut etabliertes Netz von Zulieferern.

Die weiterverschärften europäischen Abgasnormen und die sich (ähnlich wie in den USA) zu kleineren Autos und Motoren verschiebende Nachfrage macht aber für die Zukunft der Ford Werke in Europa vor allem die sichere und schnelle Verfügbarkeit des neuen Motors zu einem wichtigen Punkt. Verlorene Marktanteile oder wegen fehlender Motoren nicht ausgelastete PKW-Werke (wie heute in den USA) wären viel teurer, als möglicherweise etwas höhere Kosten in der Motorenproduktion.

Da die geplanten Stückzahlen des neuen Motors auch ausreichen würde, beide Motorenwerke (Köln und Rumänien) auszulasten, wäre es sinnvoller, die Produktion in Köln beginnen zu lassen und das Werk in Rumänien in aller Ruhe aufzubauen und etwas später dort die Produktion hochzufahren.

lha

Aus: Lokalberichte Köln Nr. 22/08

**5.11.08. Das bayerische Innenministerium hat das Volksbegehren der Gewerkschaften zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns abgelehnt und legt es dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vor. Der DGB Bayern sieht sich für die kommende Auseinandersetzung juristisch gut gerüstet.**

Das Ministerium begründet seine Entscheidung mit der fehlenden Gesetzgebungskompetenz des Landes. Das beantragte Bayerische Mindestlohngesetz ist nach Auffassung des Ministeriums mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Denn gesetzliche Vorgaben für den Arbeitslohn gehören zum „Arbeitsrecht“ und fielen in die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes, argumentiert das Innenministerium. Dem Freistaat Bayern fehle die Gesetzgebungskompetenz für ein bayerisches Mindestlohngesetz. Daher erachte das Staatsministerium des Innern die gesetzlichen Voraussetzungen für nicht gegeben, heißt es in der Erklärung des Ministeriums.

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil begrüßt die Entscheidung des bayerischen Innenministeriums und ließ mitteilen, gesetzliche Lohnvorgaben würden die Tarifautonomie aushöhlen.

219.000 Unterschriften haben die

Gewerkschaften bayernweit für das Volksbegehren „Mindestlohn jetzt!“ gesammelt, für den Volksbegehrensantrag wären lediglich 25.000 Unterschriften notwendig gewesen. Der DGB und seine Gewerkschaften beziehen sich mit dem Volksbegehren auf Artikel 169 der bayerischen Verfassung, der die Einführung von Mindestlöhnen ausdrücklich „für jeden Berufszweig“ vorsieht.

### DGB widerspricht der Rechtsauffassung des Ministeriums

Für die nun anstehende Prüfung durch den Bayerischen Verfassungsgerichtshof hat der DGB ein Rechtsgutachten anfertigen lassen, das das Volksbegehren als verfassungsgemäß einstuft.

„Wir stehen nach der Entscheidung des Innenministers vor einem juristischen Scheideweg, der durch den Bayerischen Verfassungsgerichtshof geklärt werden muss. Wir sind der Auffassung, dass wir gute Argumente haben, die einer Prüfung durch die obersten bayerischen Richter standhalten“, sagte der Vorsitzende des DGB Bayern, Fritz Schösser bei der Vorstellung des Gutachtens.

Der vom DGB Bayern beauftragte Staatsrechtler Prof. Dr. jur. Dieter Sterzel sieht die Verfassungsmäßigkeit des Volksbegehrens als erwiesen

### Bayerisches Staatsministerium des Innern legt Volksbegehren „Mindestlohn jetzt!“ dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor – Hier dokumentiert: Die Erklärung des Ministeriums

MÜNCHEN. Das Staatsministerium des Innern legt den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Mindestlohn jetzt!“ dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor, weil dem Freistaat Bayern die Gesetzgebungskompetenz für ein bayerisches Mindestlohngesetz fehlt. Erachtet das Staatsministerium des Innern die gesetzlichen Voraussetzungen für nicht gegeben, so hat es nach Artikel 64 des Landeswahlgesetzes die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs herbeizuführen.

Am 23.09.2008 haben die Initiatoren des Volksbegehrens beim Staatsministerium des Innern den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Mindestlohn jetzt!“ eingereicht. Für den Zulassungsantrag wurde die erforderliche Anzahl an Unterschriften Stimmberechtigter erreicht. Ziel des

Volksbegehrens ist eine landesgesetzliche Pflicht zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns für alle Branchen unabhängig vom Bestehen tarifvertraglicher Regelungen durch ein Bayerisches Mindestlohngesetz.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Antrags, zu denen auch die Vereinbarkeit mit Bundesrecht gehört, sind nach Auffassung des Staatsministeriums des Innern nicht gegeben. Das beantragte Bayerische Mindestlohngesetz wäre nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Denn gesetzliche Vorgaben für den Arbeitslohn gehören zum „Arbeitsrecht“ und fallen in die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Die Länder können hier nur soweit Regelungen treffen, als der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz noch keinen Gebrauch gemacht hat.

an. „Das Volksbegehren will durch die Festlegung einer verpflichtenden Zahlung eines allgemein verbindlichen Mindestlohnes in allen Branchen für alle vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ein Existenz sicherndes Entgelt sicherstellen“, sagte Sterzel. „Der Bund hat hierzu keine umfassende gesetzliche Regelung geschaffen und beabsichtigt, dies auch künftig nicht zu tun.“

Das Mindestarbeitsbedingungs-gesetz von 1952 und das Arbeit-nehmerentsendegesetz regelten nur einen kleinen Ausschnitt der Gesamtmaterie. Die Sperrwirkung für ein Landesgesetz im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung sei demnach nicht eingetreten. Sterzel:

„Der Bund hat von seiner Gesetzgebungs-befugnis nicht erschöpfend Gebrauch gemacht. Das Volksbegehren mit seinem Gesetzentwurf für ein bayerisches Mindestlohngesetz schöpft den vom Bundesgesetzgeber offen gelassenen gesetzgeberischen Spielraum aus.“

#### Keine unzulässige Beschränkung der Tarifautonomie

Auch die grundrechtlich geschützte Rechtsposition der Arbeitgeber ist laut Sterzel nicht verletzt. „Ein gesetzlicher Mindestlohn stellt keine unzulässige Beschränkung der Tarifautonomie dar. Staatliche Regelungen im Schutzbereich der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) sind zulässig, wenn dies zum Schutz von Gemeinwohlbelangen gerechtfertigt ist (z. B. gesetzliche Regelungen zur Arbeitszeit oder

Urlaubstagen). Ein Mindestlohngesetz, das sich im Sinne des Sozialstaatsgebotes (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit



orientiert, dient der Grundrechtssicherung der Arbeitnehmer“, betonte Sterzel. In den Schutzbereich des Art. 9 GG werde nicht eingegriffen.

Ebenso wenig verletze ein Mindestlohngesetz die unternehmerische Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG), so Sterzel. Der bayerische Gesetzgeber erfülle

damit „im Sinne eines notwendigen Grundrechtsvoraussetzungsschutzes“ seine sozialstaatliche Verpflichtung, Arbeitnehmer ein Existenzsicherndes Einkommen zu gewährleisten und ihnen angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gemäß der bayerischen Verfassung zu ermöglichen.

#### Politische Pflicht zum Handeln

Bayerns DGB-Vorsitzender Schösser sieht die Gewerkschaftsforderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, die großen Zuspruch in der Bevölkerung findet, nun auch juristisch untermauert.

Schösser: „Die Bayerische Staatsregierung hat die Gesetzgebungskompetenz beim Mindestlohn, wie die Rechtsexpertise zeigt. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof wird letzte rechtliche Zweifel ausräumen. Die Staatsregierung hat dann nicht nur die juristische Potenz, sondern auch die politische Pflicht zum Handeln. Die Mehrheit der Wähler ist für den gesetzlichen Mindestlohn – über alle Parteilager hinweg. Die Politik wäre gut beraten, diesen demokratischen Handlungsauftrag der Bevölkerung endlich aufzugreifen.“

Die Äußerungen des neuen bayerischen Wirtschaftsministers Zeil, der sich gegen den Mindestlohn ausgesprochen hat, nannte Schösser in diesem Zusammenhang „demokratieignorant“ und eine „selbstherrliche Missachtung des Bürgerwillens“.

MJ

[www.igmetall-bayern.de](http://www.igmetall-bayern.de)

Mit dem Mindestarbeitsbedingungs-gesetz und dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz hat der Bund jedoch bereits abschließende Regelungen zu Mindestlöhnen erlassen. Das Mindestarbeitsbedingungs-gesetz ermöglicht die Festsetzung von Mindestlöhnen in Branchen ohne wirkmächtige Tarifvertragsparteien und ohne allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge. Von ihm wurde bisher noch nicht Gebrauch gemacht. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz hingegen dehnt für bestimmte Branchen die Geltung einzelner Regelungen allgemeinverbindlich erklärter Tarifverträge (insbesondere zum Mindestlohn) auf alle inländischen und ausländischen Arbeitgeber aus. Derzeit gibt es nach diesem Gesetz staatliche Mindestlöhne für insgesamt sechs Branchen.

Das beantragte Bayerische Mindestlohngesetz soll auch im Geltungsbereich dieser Bundesgesetze zur Einführung eines staatlich festgesetzten Mindestlohns verpflichten. Insoweit

hat der Bundesgesetzgeber jedoch eigene Regeln für die Festsetzung staatlicher Mindestlöhne vorgesehen und damit landesgesetzliche Regeln ausgeschlossen. Dem Land fehlt deshalb für ein solches Gesetz die erforderliche



Gesetzgebungskompetenz. Dass nach dem Mindestarbeitsbedingungs-gesetz bisher keine Mindestlöhne festgesetzt wurden, ändert hieran nichts. Dies zeigt vielmehr, dass von den zuständigen Stellen bisher im Anwen-

dungsbereich dieses Gesetzes kein Bedürfnis für die staatliche Festsetzung von Mindestlöhnen gesehen wurde. Eine Landesgesetzgebungskompetenz lässt sich auch nicht mit Artikel 169 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung begründen, der die Möglichkeit einer Festsetzung von staatlichen Mindestlöhnen vorsieht. Denn die Bayerische Verfassung kann außerhalb der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes keine Gesetzgebungskompetenz schaffen. Mangels Gesetzgebungskompetenz würde das Bayerische Mindestlohngesetz im Übrigen auch in die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie in unzulässiger Weise eingreifen.

Der Verfassungsgerichtshof hat nunmehr innerhalb von drei Monaten über den Zulassungsantrag zu entscheiden.

4.11.2008

[www.stmi.bayern.de](http://www.stmi.bayern.de)



## »Nun sag, wie hast du's mit der Religion?«

### Stellungnahme der LandesschülerInnenvertretung NRW zum Entwurf des Lehrplans „Islamkunde“ für die Klassen 5 bis 10

DÜSSELDORF. Die LandesschülerInnenvertretung (LSV) NRW hält das Bestreben der Landesregierung, das Fach Islamkunde als eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen, für einen Schritt in die richtige Richtung. Somit wird dem Islam, der in Deutschland immer mehr zu einer bedeutsamen religiösen Kraft wird, auch in der Schule mehr Beachtung geschenkt.

Jedoch ist der Schritt der Landesregierung, ein eigenständiges Unterrichtsfach Islamkunde einzuführen, bei weitem nicht ausreichend.

Im Entwurf der Landesregierung steht, dass es sich bei Islamkunde um keinen Religionsunterricht im konfessionellen Sinne handelt. Die LSV NRW begrüßt dies, aber fordert darüber hinaus auch den Religionsunterricht anderer Glaubensrichtungen zu entkonfessionalisieren im Sinne einer kompletten Trennung von Schule und Religion.

SchülerInnen, die in einer multikulturellen Gesellschaft leben, brauchen eine Aufklärung, die alle Kulturen und Religionen einander näher bringt und eine bessere Verständigung ermöglicht.

So wie der derzeitige Religionsunterricht seinen Fokus auf das Christentum legt und andere Religionen nur anschnidet, fokussiert sich der Islamkundeunterricht auf den muslimischen Glauben.

Die LSV NRW bezweifelt stark, dass die Trennung der SchülerInnen in Re-

ligionen ein konfliktfreies Zusammenleben aller Religionen und Kulturen in Deutschland, was mitunter Ziel des Lehrplans sein soll, fördert.

Daher fordert die LSV NRW statt der Einführung eines neuen Religionsfaches die Abschaffung des Religionsunterrichts in seiner heutigen Form und diesen durch das Fach „Religionskunde“, in dem Religion, Ethik und Philosophie kombiniert werden, zu ersetzen. Nur durch diese Kombination können grundlegende Werte und Verhaltensweisen in ihrer Gänze vermittelt werden. Des Weiteren müssen in dem Fach „Religionskunde“ alle Religionen gleichwertig behandelt und alle SchülerInnen gemeinsam unterrichtet werden.

Gemäß des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche, welches die LSV NRW einfordert, ist es nicht korrekt, kirchliche VertreterInnen in ihrer Funktion in den Schulausschüssen über die Entwicklung der Schulen mitwirken zu lassen.

Außerdem müssen LehrerInnen, ganz gleich ob sie katholische oder evangelische Religion oder eben Islamkunde unterrichten, ein Studium und eine angemessene Ausbildung absolviert haben. Die LSV NRW kritisiert, dass außer ausgebildeten LehrerInnen auch andere Lehrkräfte muslimischen Glaubens im Dienst des Landes für den Unterricht im Fach „Islamkunde“ in unzureichenden Schnellkursen ausgebildet werden.

[www.lsvnwr.de](http://www.lsvnwr.de)

Christiane Sternsdorf-Hauck

## Brotmarken und rote Fahnen

Frauen in der bayerischen Revolution und Räterepublik 1918/19, Köln/Karlsruhe Neuer ISP Verlag GmbH 2008

Die vorliegende erweiterte Neuausgabe, erschienen zum 90jährigen Gedenken an die Bayerische Räterepublik, widmet sich einem bis heute vernachlässigten Thema, der Rolle der Frauen in den revolutionären Ereignissen zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Genauer gesagt die Bedeutung der Frauen in der bayerischen Räterepublik. Die Namen großer Revolutionärinnen, Pazifistinnen und Frauenrechtlerinnen wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Lida G. Heymann und Anita Augspurg sind in die Geschichte eingegangen. Die vielen Frauen, die mit Beginn des Ersten Weltkriegs gegen Hunger und Krieg aufbegehrten, an Streiks und Demonstrationen teilnahmen und sich politisch organisierten, sind weitgehend unbekannt geblieben. Der Autorin Christiane Sternsdorf-Hauck gelang es, auf der Basis umfangreicher Recherchen trotz der schwierigen Quellenlage ein bisher kaum erforschtes Kapitel bayerischer Geschichte zu erhellen.

Das Buch besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil beschreibt, wie der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung zu einem wichtigen Bestandteil des revolutionären Geschehens in Bayern wurde.

Frauen arbeiteten im Ersten Weltkrieg in der Produktionsindustrie, nachdem die Männer eingezogen worden waren. Der Krieg brachte Leid und Not, die Versorgung der Bevölkerung verschlechterte sich rapide, die Rationierung von Brot und Kartoffeln bedeutete Hunger und Unterernährung. Es waren die Frauen, die in den Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit, die Hauptlast zu tragen hatten.

Kurt Eisner, der am 1. November 1918 die Republik und den Freistaat Bayern ausrief, verlieh den Frauen zum ersten Mal das Wahlrecht. Sozialistische Frauenorganisationen wie der Bund sozialistischer Frauen traten für pazifistische Agitation und Aufklärungsarbeit unter den Frauen ein. In den folgenden Monaten wurden weitere Rechte erkämpft, die bis dahin den Frauen vorenthalten worden waren: soziale Rechte wie das Recht auf gleichen

### Neu erschienen: Kulturkampf in Sendling – Eine Kampfabfrage

Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik, Ausgabe Nr. 8/2008 • 12 Seiten DIN A4. Erscheint als Beilage zur MitLinks – Zeitschrift aus der politischen Gruppe im Stadtrat München, Nr. 26.  
<http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/dokumentation/publikationen/>



Inhalt:

**Moschee am Gotzinger Platz: Gleichberechtigung der Religionen – für Die Linke eine Grundsatzfrage** Von Brigitte Wolf

**Rechte Politik unter falscher Flagge – Baurechtliche Einwände als Vorwand kultureller Intoleranz.** Von Martin Fochler

**Stichwort: Religionsfreiheit im Grundgesetz.** Von Johannes Kakoures

Gastbeitrag: **Kölner bringen Anti-Islam-Konferenz zum Scheitern.** Von Benjamin Wernig und Jörg Detjen

Lohn und den Achtstundetag für Hausangestellte, das Recht auf Erziehung und Ausbildung und politische Rechte. Die Frauenorganisationen forderten die Vertretung und Mitverantwortung von Frauen in allen Gremien, also auch in den neu gebildeten Arbeiterräten. Ihre Forderung nach Bildung von gesonderten Frauenräten scheiterte am Widerstand der männlichen Mitglieder der Räte, die bis dahin das politische Feld allein beherrscht hatten. Auch die Kandidatur von Frauen für die Räte wurde unter fadenscheinigen Vorwänden abgelehnt: Die wenigstens Frauen besaßen einen Beruf und das Wahlrecht blieb an die Berufstätigkeit gebunden. Auch die Stellung der Frau in der Familie, in der noch patriarchalische Verhältnisse herrschten, sollte einen grundlegenden Wandel erfahren. Die feministische Position sah vor, die Hausfrau letztlich abzuschaffen durch gemeinschaftliche Haushaltsführung und Kindererziehung, Forderungen, die bis heute Utopie geblieben sind. Die kommunistische Position verschloss vor derlei Sonderwünschen lieber die Ohren und trat für die Emanzipation der gesamten Arbeiterklasse ein.

Anekdoten belegen, dass die sexuelle Emanzipation, die von manchen Männern lautstark vertreten wurde, keineswegs bedeutete, dass diese ihren Frauen eine Beziehung außerhalb der Ehe gestattet hätten...

Gern sah man engagierte, revolutionäre Frauen bei der Ausübung von Hilfsdiensten, nicht jedoch in wichtigen Ämtern. Es ist eines der wichtigsten Anliegen dieses Buchs zu zeigen, mit welchen Schwierigkeiten Frauen in der Räterepublik zu kämpfen hatten.

Portraits der wichtigsten weiblichen Protagonistinnen zeigen mutige, fähige Frauen, die unermüdlich für die Belange der Frauen eintraten, z.T. gegen den Widerstand der männlichen Mehrheit. Die übernommenen Ämter füllten sie mit großem Erfolg aus.

Die Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919, der wachsende politische und militärische Druck auf die Münchner Räterepublik, führte schließlich zu ihrer Zerschlagung durch die Truppen Hoffmanns mit Verstärkung durch preußische Truppen und bayerische Freikorps. Die einsetzende Repression forderte auch unter den Frauen zahlreiche Opfer. An die Stelle der freiheitlichen Atmosphäre, die in Bayern ein halbes Jahr geherrscht hatte und in der gerade auch Frauen große Veränderungen bewirkt hatten, trat Friedhofsruhe und dumpfe Enge.

Die kurze Zeit der Räterepublik bildet die Folie, vor der sich die Geschichte der Familie Kaetzler abspielt, der der zweite Teil des Buches gewidmet ist. Im Bericht über das Geschehen der Revolutionstage im ersten Teil wird bereits Hilde Kramer erwähnt, ein Pflegekind von Gabriele Kaetzler (1872 Berlin – 1954 Zürich). Dem aristokratischen Elternhaus in Preußen entflohen, lässt sich Gabriele Kaetzler mit ihrem Mann in Bayern am Ammersee nieder. Dort wachsen ihre sechs Kinder auf. Sie betreibt ein Kinderheim, das sie nach modernen pädagogischen Prinzipien führt. Später nach dem Tod ihres Mannes ist sie für die Verwaltung von Lebensmitteln auf dem Land zuständig. Das Haus in Riederau am Ammersee wird bald zum Treffpunkt der Revolutionäre.

Der Briefwechsel mit ihren beiden ältesten Töchtern Fite (1898 Berlin – 1956 Zürich) und Wite (1899 Berlin – 1977 Böblingen), den die Autorin im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Staatsarchiv München fand, ist nicht nur für die Geschichte der Räterepublik von Bedeutung, sondern vermittelt uns ein Bild revolutionär gesinnter Frauen, die am politischen Geschehen der Räterepublik intensiv beteiligt waren. Fite lebt während der Revolutionszeit in Jena, Wite in Berlin. Fite verdient als Laboratoriumsgehilfin ihr Brot, ihre Schwester Wite arbeitet als Röntgenassistentin. Sie sprechen über die politischen Ereignisse, Freunde, diverse Liebschaften und bitten die Mutter immer wieder um ... Butter, die diese ihren Töchtern in manchem Paket zukommen lässt. Die Offenheit dieser Briefe erstaunt, nichts Kleinbürgerliches haftet ihnen an, Leidenschaft, aber auch Hilfsbereitschaft und Solidarität unter den Familien der Sozialisten in Berlin und Bremen sind groß geschrieben. Riederau gilt

dem Freundeskreis als Zufluchtsort bei Krankheit und Verfolgung, auch als Versteck für politisches Material.

Auch Stasi, der älteste Sohn (1902 – 1970), nimmt aktiv am politischen Leben teil. Die ganze Familie beteiligt sich an Demonstrationen in München. Hilde Kramer, die Pflege-tochter, 18jährig beim Ausbruch der Revolution, wird zu einer unermüdlichen Aktivistin, übernimmt Schreibarbeiten für die Räte, ist Gründungsmitglied der Vereinigung revolutionärer Internationalisten von Erich Mühsam, später tritt sie in die KPD ein und arbeitet als Berichterstatte-rin für die Rote Fahne. Von ihr ist viel die Rede, sie lässt sich die Haare kurz schneiden, was Aufsehen erregt.

Gabriele Kaetzler und ihr Umkreis geraten schon bald als angebliche Spartakisten unter Polizeiverdacht. Nach der Niederschlagung der Räterepublik wird sie verhaftet, ebenso wie ihre Töchter und Hilde Kramer. Sie werden angeklagt und zu Gefängnisstrafen verurteilt, im Juli 1919 wird Gabriele Kaetzler freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen. Fite und Wite kommen im Juni 1919 frei mit der Auflage Bayern zu verlassen. Im Oktober verlässt auch Gabriele Kaetzler den Ammersee und geht zunächst mit ihren jüngeren Kindern nach Worpsswede, wo sie bei Heinrich Vogler, dem bekannten kommunistischen Künstler, Aufnahme findet.

Ein Kapitel ist dem Leben der Familie Kaetzler nach 1919 gewidmet. Wie zu erwarten, geraten Mutter und Töchter mit den Nazis in Konflikt, werden verfolgt und müssen aus verschiedenen Gründen emigrieren. Eine lange Odyssee durch Deutschland und Europa beginnt. Eine komplizierte Geschichte, an der sich die enge Verbindung linksintellektueller Kreise in der Weimarer Republik ablesen lässt. Beeindruckend die zahlreichen beruflichen und politischen Aktivitäten der Familie, die ihren politischen Idealen treu bleibt. Die Autorin ist den vielen Verästelungen der verschiedenen Beziehungen der Schwestern Fite und Wite nachgegangen und hat erstaunliche Zusammenhänge aufgedeckt, die weit in die Nachkriegsgeschichte hinein reichen.

Ein Stück Zeitgeschichte liegt vor uns, das, beginnend mit den dramatischen Ereignissen der Räterepublik in Bayern, im Verlauf des 20. Jahrhunderts seine Fortsetzung findet. Die Lebensläufe der revolutionären Frauen, die durch ihren Mut und ihre Opferbereitschaft, ihre Intelligenz und Kreativität Geschichte geschrieben haben, sind eine lohnende, hochinteressante Lektüre. Christiane Sternsdorff-Hauck kommt das Verdienst zu, ihre Geschichte der Vergessenheit entrissen zu haben. *Ulla Varchmin*

**Frauen u. Mütter!**

**Wir hassen den Krieg, mehr noch den Bruderkrieg! Wir dulden nicht, dass Proletarier auf Proletarier schießen. Wir wollen, dass das Neue sich ohne Blutvergießen verwirklicht. Wir glauben an die Kraft des sozialistisch-kommunistischen Gedankens. Gedanken siegen ohne Blut. Wir wollen jede für sich und alle zusammen diesem Morden ein Ende machen.**

**Proletarierbrüder! Hört uns!**

**Handelt als Menschen einer neuen Gesellschaft!**

**Bund sozialistischer Frauen.**



# Wenn Kinder weinen

**Dr. Rosemarie Hein (Die Linke Sachsen-Anhalt) und Christa Müller (Die Linke Saarland) diskutieren in der Schwabinger Gaststätte „Brunnwart“**

Dass es kontrovers werden würde, wussten die Veranstalter. Und so betonte Dr. Stefan Breit in seiner Einleitung der Veranstaltung des Forums demokratischer Sozialismus, die Bedeutung des pluralistischen Charakters der neuen Partei. Ein diskursiver Stil sei besser als Diskussionsverbote. Und immerhin 40 Gäste zeigten sich am 24. Oktober in der Gaststätte „Zum Brunnwart“ in München-Schwabing bereit, das Angebot zur kontroversen Diskussion mit Dr. Rosemarie Hein und Christa Müller anzunehmen. Versteht man unter Pluralismus auch die Fähigkeit, sich mit schwierigen Positionen geduldig auseinander zu setzen, so wird der pluralistische Charakter der Anwesenden geschult aus der von Fritz Schmalzbauer moderierten Veranstaltung hervor gegangen sein.

## **Dr. Rosemarie Hein ...**

..., studierte Pädagogin, war als Landtagsabgeordnete nicht nur für Bildungspolitik, sondern auch für den Bereich Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt zuständig und war maßgeblich an der KiTa-Kampagne des Parteivorstands der Linken beteiligt, die sie vor allem für den Westen wegen des schlechten Versorgungsgrads in der Kinderbetreuung für relevant hielt.

Die Forderung nach einem Ausbau der frühkindliche Kinderbetreuung habe zwei Seiten, zum einen soll sie den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, zum anderen soll der dramatischen Bildungssituation entgegengesteuert werden. Kinder benötigten schon sehr früh unterschiedliche Anregungen in Gemeinschaft. Die frühe Förderung, die in Krippen geleistet werde, sei allenfalls durch die Großfamilie zu ersetzen. Dabei sieht

Dr. Hein Familie und Institution nicht als Gegensätze an, beide würden sich vielmehr ergänzen.

## **Christa Müller ...**

..., studierte Ökonomin und familienpolitische Sprecherin der Partei Die Linke im Saarland, ist es wesentliches Anliegen, dass Eltern, die ihr Kind selbst betreuen, und Eltern, die es in Tagesbetreuung geben, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Derzeit würden letztere aufgrund der staatlichen Förderung des Krippenausbaus bevorzugt. Ihnen flössen Mittel zu, die anderen Eltern gingen leer aus.

## **Das Modell der Partei Die Linke im Saarland**

Das Modell der Partei Die Linke (Saarland) sehe dagegen vor, dass alle Eltern einen bestimmten, nach Alter des Kindes gestaffelten, sozialversicherungspflichtigen Betrag erhalten. Das sogenannte Erziehungsgehalt betrage vom ersten bis zum dritten Lebensjahr des Kindes 1600 €, vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr 1000 €, in der weiteren Folge dann 500 €, jeweils pro Kind/ Monat. Der Betrag diene als Gehaltersatz bzw. als Gehalt für die Erziehungsleistung. Es sei den Eltern freigestellt, wie sie ihn verwenden. Entweder bleibt ein Elternteil daheim oder beide arbeiten Teilzeit. Die Eltern könnten sich für das Geld aber auch einen Betreuungsplatz von hoher Qualität für ihr Kind leisten. Hier merkte Müller an, dass sie einen Betreuungsschlüssel von eins zu drei für angemessen halte. Selbst in einem gut gestellten Land wie Brandenburg sei lediglich ein Betreuungsschlüssel von einem Betreuer zu acht Kindern üblich.

Ein Vorteil ihres Modells sei, dass im Gegensatz zu anderen Konzeptionen die Plätze nicht erst 2013 vorhanden wären, weil die Freien Träger, wenn sie wissen, das Geld für die Betreuung sei da, dann auf der Stelle Plätze schaffen würden. An die zu schaffenden Krippen seien hohe Qualitätsanforderungen zu stellen.

## **Elternschaft als kontrollierte Dienstleistung?**

Aber auch die Qualität der Erziehung, die in den Familien geleistet wird, soll nachgewiesen und damit überprüft werden. Dies beginne mit einer intensiven Betreuung schon in der Schwangerschaft in Form von drei Hausbesu-

Viele unserer Leserinnen und Leser werden das *Forum Demokratischer Sozialisten (FDS)* für eine Arbeitsgemeinschaft in und bei der Partei Die Linke halten, die ausschließlich in den östlichen Bundesländern wirkt. Ganz so ist es nicht. Der nebenstehende Veranstaltungsbericht hält eine kontroverse Diskussion zwischen Christa Müller (Saarland), Dr. Rosemarie Hein (Sachsen-Anhalt) fest, die bei der Linken in München zu einer vertieften Auseinandersetzung mit Funktion und Vollmachten des Staates bei der Kindererziehung anregt.

chen durch eine Familienberaterin mit dem Ziel, Probleme in den Familien zu erkennen und zu lösen, damit diese dann „in einer sozial gelösten Situation sich ohne Stress um das Kind kümmern zu können“.

Es folgen dann im ersten Lebensjahr des Kindes acht, im zweiten Lebensjahr sechs, im dritten Lebensjahr vier und im vierten Lebensjahr zwei Beratungsbesuche.

Nehmen die Eltern das Beratungsangebot nicht an oder nehmen sie ihre Erziehungsaufgabe nur unzureichend wahr, kommen sie auch nicht in den Genuss des Erziehungsgehalts. Wie sich in der am Ende geführten Diskussion herausstellte, gilt dies auch für z.B. türkische Mütter, die nicht hinreichend belegen können, dass sie deutsch mit ihren Kindern sprechen. Dies bezeichnete Müller als Wahlfreiheit, da es den Eltern ja freistünde, das Geld des Staates anzunehmen oder nicht...

Frau Müller wies daraufhin, dass nach dem Publikwerden von Tötungsdelikten gegen Kinder die Aufregung in der Presse und Öffentlichkeit groß sei, es passiere jedoch nichts. Ihr Ziel sei es, die Fälle von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch, die sie undifferenziert aufführte, nicht aufzudecken, sondern zu verhindern. Der Grund dafür sei nicht böser Wille, sondern die Überforderung.

Sie betonte, Geld sei ein Schritt, Beratung ein weiterer. Die Gesellschaft benötige gut erzogene Kinder. Familien heute würden stark benachteiligt, während die Einkommenssituation von Kinderlosen ungleich besser sei. Von diesen sollten Transferleistungen für die Familien kommen.

## **„Kinder brauchen andere Kinder“**

Dr. Hein entgegnete, dass man sich einig über die Problemlagen sei, Eltern müssten stärker befähigt und die aufsuchende Familienarbeit verbessert werden. Hilfen seien aber auch in späteren Lebensjahren notwendig. Oft würden die Probleme mit der Einschulung beginnen. Das Modell von Müller habe die Kinder nicht im Blick. Kinder brauchten auch andere Kindern, um zu lernen. Sie merkte an, dass gerade sozial schwache Familien das Geld beanspruchen, aber für andere Zwecke ausgeben



**Christa Müller, Dr. Rosemarie Hein und Fritz Schmalzbauer**

und die Kinder aus den Einrichtungen nehmen würden. Damit sei wiederum eine Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Familien gegeben. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf eine Studie des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt, wonach der Schulerfolg mit der Dauer der Betreuung in Kindertageseinrichtungen korreliere. Weiterhin sei zuzugestehen, dass aufsuchende Arbeit zwar wichtig sei, Probleme der Kinder vor allem aber bemerkt werden, wenn sie täglich in der Tageseinrichtung erlebt werden.

#### **Kinderbetreuungsplätze kein reines Geldproblem**

Dr. Hein kritisierte die Vorstellung, wonach, wenn nur das Geld zur Verfügung stünde, automatisch hinreichend Kinderbetreuungsplätze entstünden. Sie verwies dabei auf die enorme Zahl von 80.000 ErzieherInnen, die gemäß einer Studie derzeit fehlen. Auch sei die Qualität in der Ausbildung verbesserungswürdig sei. So sollten Erzieherinnen und Erzieher künftig an Fachhochschulen ausgebildet werden.

#### **Ungleiche Höhe des Betreuungsgeldes nicht zu rechtfertigen**

Auf Nachfrage von Fritz Schmalzbauer, der auf das bestehende Gehaltsgefälle von 23% zwischen Mann und Frau hinwies, unterschied Müller zwischen dem Fall, dass für gleiche Arbeit ungleicher Lohn gezahlt würde. Dies sei dann nicht Aufgabe der Familienpolitik, sondern der Gewerkschaften und der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Demgegenüber löse das Erziehungsgehalt den Anteil am Lohngefälle, den Teilzeitarbeit und Berufsausstieg vieler Frauen ausmachen.

Natürlich befürworte sie Karrieremöglichkeiten für Frauen, aber nur wenige könnten Karriere machen. 22% der Frauen arbeiteten im Mindestlohnbereich. Das Elterngeld, das auch von der Linken vertreten wird, bevorzuge Besserverdienende, da es an das Gehalt gekoppelt sei. Sie führte als Beispiel die Rechtsanwältin an, die 1800 € erhalte gegenüber der Hartz IV-Empfängerin die sich mit 450 € begnügen müsse. Beiden stünde aber das gleiche Geld zu, weil beide die gleiche Arbeit leisten, weil beide „in der Nacht aufstehen, wenn ihr Kind schreit“.

Nureingeringer Teil der Frauen wolle Vollzeit arbeiten. Und heute hätten die Reichen eh schon Wahlfreiheit, während für sozial Schwache ein Zwang zur Krippe bestünde.

#### **Regierungskonzepte ein „Deal mit der Wirtschaft“?**

Die Konzepte von Merkel und von der Leyen beruhten auf einem Deal mit der Wirtschaft, dergestalt, dass die Frauen dem Arbeitsmarkt als billige Arbeitskräfte geliefert werden, um niedrige

Löhne zu erzielen. Es sei auffällig, dass bereits die SPD-Familienministerin Renate Schmidt, ihre Konzepte immer mit BDI-Präsident Hundt vorgestellte habe und wies auf die Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung hin. Es sei jetzt schon so, dass Arbeitgeber Druck auf die Frauen ausübten, bald nach der Geburt eines Kindes wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren, was sie durch ein Beispiel aus dem persönlichen Umfeld belegte.

Nur ihr Konzept sei links, eine linke Politik müsse Politik für Benachteiligte, allenfalls noch für die Durchschnittsfamilie sein.

#### **Unterschiedliche Wahrnehmungen in Sachen Teilzeit**

Dr. Hein warnte davor, einen Unterschied zwischen Karrierejob und schlechtem Job zu machen. Sie bezweifelte auch Müllers Aussage hinsichtlich des Teilzeitwillens der Frauen. Ihre Wahrnehmung sei anders, insbesondere im Osten bestünde wohl eine völlig andere Sozialisation.

#### **Eine schwierige Diskussion**

Es folgte die erwartet kontrovers und emotional geführte Debatte, bei der zeitweise das gerade bei diesem Thema häufige Problem auftauchte, dass höchstpersönliche Erlebnisse und Erfahrungen mit politischer Erkenntnis verwechselt werden. So wurde unter anderem die Vermutung geäußert, dass bei Kindern alleinerziehender Mütter die Wahrscheinlichkeit höherer Gewaltgeneigtheit bei 90% liege. Ernstzunehmendere Diskussionsbeiträge wiesen darauf hin, dass das Konzept von Müller das Kinderkriegen zu einer Dienstleistung gegenüber dem Staat mache. Nur so lasse sich der Charakter als Ersatzgehalt erklären.

#### **Eine problematische Verknüpfung**

Ein Hauptproblem des Modells von Christa Müller ist, dass die Gewährung einer Leistung zur finanziellen Absicherung von Familien mit Kindern mit Maßnahmen des Kinderschutzes verknüpft wird. Das in Artikel 6, II Grundgesetz normierte Wächteramt des Staates greift dann, wenn im konkreten Einzelfall das Kindeswohl gefährdet ist. Keinesfalls erlaubt es die generalpräventive fürsorgliche Belagerung aller Eltern. Die Eltern erhalten eine Leistung, die Gegenleistung ist das „gut erzogene“ Kind. Selbstverständlich kann die Leistungserbringung kontrolliert werden.

Gleichzeitig wird an die immerhin in einem Zwangskontext stattfindende Beratung eine Heilserwartung geknüpft, die so nicht zu erfüllen ist. Die Vorstellung, man könne durch irgendeine staatliche Maßnahme jede Form von Misshandlung und Vernachlässigung aus der Welt schaffen, ist

illusionär. Die Gründe ausschließlich in den sozialen Strukturen, in einer „Überforderung“, die nur abgestellt werden müsste, zu suchen, ist eine verengte Sichtweise. Für die Frage, wie die bestehenden, ja alles andere als eine nur schlechte Arbeit machenden Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe etwa der Landeshauptstadt München zu verbessern wären, enthält das Modell keine Ansatzpunkte.

#### **Fachliche Zweifel an Müllers Kinderbild**

Daneben bestehen fachliche Zweifel. So argumentierte Müller auch, dass Kinder in den ersten Lebensjahren, nach ihrer Erfahrung, kaum Interesse an Kontakt zu Gleichaltrigen entwickeln, und ausgesprochen emotional mit Problemen, wenn Kleinstkinder sich von der Mutter trennen müssten. Man wolle doch nicht, dass das Kind weine ...

Ist erstere These umstritten, muss zur zweiten festgehalten werden, dass eine geglückte, sichere Bindung, Voraussetzung für die Entwicklung von Autonomie des Kindes ist. Klar ist, dass das, was die Eltern als wesentliche Bezugspersonen leisten, nicht durch institutionelle Erziehung ersetzt werden kann. Öffentliche Einrichtungen sind jedoch nicht aus dem Willen heraus entstanden, eine Alternative zur Familie darzustellen, sondern aus realen Notwendigkeiten. Auch können bestimmte Aspekte der Förderung in den Familien nicht geleistet werden.

#### **Diskussionsbedarf zur Aufgabenteilung zwischen Familie und Erziehungseinrichtungen**

Die Position Müllers kann aber als nicht unberechtigte Mahnung an den Staat verstanden werden, auch nicht zu glauben, die Familie ersetzen zu können. Die Aufgaben, die öffentliche Institution zu erfüllen haben, können idealerweise nur in Kooperation, nicht gegen den Willen der Eltern erfolgreich wahrgenommen werden.

Neben dem von Hein zu Recht kritisierten Arbeits- und Frauenbild, das in der Gegenüberstellung von Karriere und Niedriglohn zu Ausdruck kam, erscheint politisch vor allem das Verhältnis von staatlichen Herrschaftsansprüchen und Freiheit des Einzelnen klärungsbedürftig.

So betonte Hein, dass die Verknüpfung von umfassender Fürsorge mit umfassender Kontrolle sie stark an den DDR-Staat erinnere. Sie räumte dabei allerdings ein, dass sie erst nach dem Ende der DDR die damit verbundenen Gefahren voll erkannt habe. Ob damals alles so gut gewesen sei, wäre also weiterhin diskussionsbedürftig.

*Elisabeth Baumgartner*

Aus: Münchner Lokalberichte 22/2008



**14. November. Erfurt.** Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Grüne.

**16. November. Fulda.** Vorstandssitzung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation.

**20. November Stuttgart.** Parteitag der CDU mit Neuwahl des Vorstands

**20. November. Potsdam** Demonstration anlässlich des Tags der Kinderrechte. Gleiche Rechte für Alle! Für die UNO-Kinderrechte und die Abschaffung der Residenzpflicht, für Bleiberecht und Legalisierung. Parallel zur Innenministerkonferenz in Potsdam organisieren die Jugendlichen ohne Grenzen (JOG) wieder eine Konferenz der jungen Flüchtlinge und eine bundesweite Demonstration. Der Aufruf wird von Flüchtlingsorganisationen, Grünen und Linkspartei unterstützt.

**29. November. Berlin.** Konferenz der Linken zur Verabschiedung der Wahlplattform Europäische Linke

**29./30. November. Hamburg.** Landesparteitag der Linken.

**6. Dezember. Leinfelden-Echterdingen.** Landesparteitag der Linken Baden-Württemberg

**6. Dezember. Regensburg.** Landesparteitag der Linken Bayern.

**31. Januar.** Aufstellung der Landesliste Baden-Württemberg der Linken zur Bundestagswahl.

**31. Januar.** Aufstellung der Landesliste Niedersachsen der Linken zur Bundestagswahl.

**13. Februar. Dresden.** Bundesweite Demonstration gegen

Nazi-Aufmarsch in Dresden (Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg).

**28. Februar. Essen.** Bundesparteitag und Vertreter/innen-Versammlung zur Europawahl der Linken

**21. März. Berlin,** Kongress der Bundestagsfraktion Die Linke zum Sozialstaat.

**28. März. Köln.** Aufstellung der Landesliste NRW der Linken zur Bundestagswahl.

**3./4. April. Baden-Baden.** Nato-Gipfel zum 60jährigen Bestehen. Aktionen unter dem Titel: „Nein zu Krieg – nein zur Nato“ sind geplant.

**20. Juni. Berlin.** Bundesparteitag der Linken zur Bundestagswahl 2009.

## Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2009	Januar	Hessen / a.o.	Landtag	18.1.	4 Jahre
	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.	5 Jahre
	Juni	Baden-Württemb.	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	NRW	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Rheinland-Pfalz	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Saarland	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Sachsen	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Sachsen-Anhalt	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Thüringen	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	August	Saarland	Landtag	30.8.	5 Jahre
2010	August	Thüringen	Landtag	30.8.	5 Jahre
	August	Sachsen	Landtag	30.8.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Landtag	27.9.	5 Jahre
	Sept.	Bundesrepublik	Bundestag	27.9.	4 Jahre
	Frühj	Schlesw.-Holstein	Landtag		5 Jahre
	Frühj	NRW	Landtag		5 Jahre
2011	Frühj	Baden-Württemb.	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Rheinland-Pfalz	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Sachsen-Anhalt	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj	Bremen	Landtag/K		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag/K		5 Jahre
	Herbst	Mecklenb.-Vorp.	Landtag		5 Jahre